

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Wertages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Boten drei Haus für die Woche vom 3. bis 9. Febr. 55 Goldpf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.  
926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achteckige Petteille ober deren Raum 20 Goldpfennige. auswärtige 25 Goldpf. Veranlagungs- Arbeits- und Wohnanzeigen 15 Goldpfennige. Nekamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.  
905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 32.

Donnerstag, 7. Februar 1924.

31. Jahrgang.

## Finanzpolitik und bürgerliche Parteien.

Dr. L. Lübeck, 7. Februar.

Das bejämendste an Göttesarmut, was die Sozialdemokratie ihren vermeintlichen oder erhofften Wählern aufzutischen magt, ist ihre neuerdings ins Wert gelehte von der bürgerlichen Finanzpolitik ausgesparte Propagandafähigkeit: Die Sozialdemokraten werfen bei jeder erdentlichen Gelegenheit den bürgerlichen Parteien vor, daß sie durch eine nur von eigennütigen Motiven diktierte Finanzpolitik das finanzielle Elend des Reiches und der einzelnen Staaten herbeiführt hätten. Gegenüber diesem Gefasel, auf das nur ganz Unkundige, die über die Finanzpolitik des Reiches und der Länder seit 1918 und ihre Grundlage überhaupt nichts wissen, hereinfallen können, verlohnt es sich, einige nackte Tatsachen anzuführen.

So geschrieben von Rechtsanwalt H. Ewers im General-Anzeiger vom 5. Februar. Vielleicht erlaubt uns der Herr Rechtsanwalt, ohne in sein gewöhnliches wilddummes Gebrölle auszuweichen, diesmal die Erwiderung einem anderen zu überlassen. Also nicht wir „Unkundigen“ wollen antworten, sondern ein anderer, den sicher auch Herr Ewers als „Kundigen“ ansprechen wird, der volksparteiliche Finanzsenator Dr. Kalkbrenner von Lübeck, soll es tun.

Am 23. Juli 1923 machte Senator Kalkbrenner, ein sonst so zurückhaltender und vorsichtiger Sprecher, mit erhobener Stimme folgende Ausführungen:

„Nicht als ausreichend kann dagegen die auf die Geldwertung bezügliche Bestimmung des Gewerbesteuergesetzes, insoweit sie eine (von den bürgerlichen Parteien erzwungene, Red.) Beschränkung auf eine gewisse Zahl Einheiten enthält. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die letzte Gewerbesteuer-Vorlage nicht einmütig von allen auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehenden Parteien angenommen worden ist, nachdem ein eingehende und launewürdige Verhandlungen vorausgegangen waren. Es bedeutet eine völlige Verkennung der staatsbürgerlichen Notwendigkeiten, wenn eine Partei dem Staate die Mittel zu seiner Existenz verweigert, weil in einzelnen, doch nicht entscheidenden Punkten die Gesetzesvorlage den Wünschen der betreffenden Partei nicht entgegenkommt. Wollends muß es mißbilligt werden, wenn einzelne Mitglieder der Parteien (der Arbeitsgemeinschaft, Red.) sich nachträglich öffentlich dessen rühmen, daß sie eine Gesetzesvorlage, durch die die Wähler belastet werden könnten, abgelehnt hätten.“

Wie ist Ihnen nun, Herr Rechtsanwalt? Ist das nun auch Geistesarmut? Ist das auch Gefasel?

Nur noch wenige Worte über die ewige Ausrede der bürgerlichen Parteien, an unserem Finanzelend sei Erzberger schuld. Stellen Sie sich doch nicht so dumm! Sie wissen ganz genau, daß Erzbergers Steuerpläne an sich arbeitslos und richtig waren. Leider wurden sie nach des Urhebers Abgang und Ermordung in-

folge der Geldwertung ausgehöhlt und wertlos. Und die bürgerlichen Parteien insgesamt verhinderten die Aufwertung der Steuern. Sie verhindern also, daß die ursprünglichen Erzbergerschen Pläne einen Inhalt bekamen. Und so „hölle der stetige Tropfen der Geldwertung schließlich den Stein der Steuern aus — das Reich bekam nichts mehr. Es ging pleite.“

Ist daran Erzberger schuld? Oder die anderen, die seine Steuern sabotierten? Die Antwort wird nicht schwer sein. Und selbst Herr Rechtsanwalt Ewers wird diese Tatsache begreifen können, trotz der Diagnose Julius Cäsars.

Weiter: Die Behauptung, von dem heimlich gegebenen Versprechen der Sozialdemokraten über die Vetterung des Konsumvereins ist ein feierlicher Schwundel. Er ist längst richtig gestellt.

Die übrigen „Tatsachen“, die Rechtsanwalt Ewers aufzählt, bewegen sich auf derselben Höhe. Sie rufen nur die eine Frage hervor: Glaubt Herr Ewers selbst an das, was er schreibt? Dann ist er hemmelschwer, sehr bemitleidenswert.

Über höchst maßloseinlich lacht er selbst über seine „Thesen“ und über diejenigen, die davon nur ein Wort glauben. Dann wird er uns allerdings gestatten, daß wir ihm — wie der parteiliche Blüten seiner Darstellungskunst zurückgeben, als da sind: Sinnlos aufreizendes Gerede! Unnützigkeit! Schändliche Demagogie! Gefasel! Geistesarmut! Verlogene Demagogie! „Sausfall!“

(Ausdrücklich sei noch einmal darauf hingewiesen, daß alle diese Blüten aus dem Jargon des höchst ehrenwerten Rechtsanwalts Ewers selbst stammen. Weßhalb der „Volksbote“ für ihren inneren und äußeren Anstand die Verantwortung ablehnen muß.)

Arbeiter! Beamte! Angestellte! Nur in einer kleinen Gegenüberstellung wollen wir zeigen, wie bürgerliche Finanzpolitik aussieht, wenn dem großen Wort die nackte Tatsache gegenübergestellt wird. Alle meilenlangen General-Anzeiger-Artikel schaffen nicht die Tatsache aus der Welt, daß die bürgerliche Steuerhau und Steuerummoral die Finanzen des Reiches und der Länder zerrüttet und die deutsche Mark in den Sumpf geschleudert haben. Die Folge dieses Zustandes sind Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit, Unruhen, völlig unzureichende Löhne und Gehälter.

Heute verspricht die Wirtschaftsgemeinschaft 1924 goldene Berge. Und morgen? Ausgelacht werdet Ihr morgen!

Leß, was der bürgerliche Kandidat und Anzeigenschmeißer Ewers über die Hungerrevolte seines eigenen Pfaffenführers, des Vorsitzenden vom Arbeiterbund, Thiel, schreibt. In der neuesten Nummer der Angestellten-Rundschau! Leß das und überleß!

Dann werden alle davon überzeugt sein, daß kein Beamter, Angestellter oder Arbeiter die Liste Thiel wählen kann.

Nur die Liste der sozialdemokratischen Partei kann in Frage kommen, die

Liste Gustav Ehlers.

## Entscheidender Kampf.

C. G. Lübeck, 7. Februar 1924.

Durch ganz Deutschland vollzieht sich ein politisches Ringen. In kommenden Reichstagswahlen werfen ihren Schatten voraus. In Ländern und Gemeinden wird gerungen um politischen Einfluß und politische Machtstellungen. Die örtlichen Kämpfe werden gipfeln in der Reichstagswahl. Teilwahlen in Thüringen und in Lübeck müssen in diesem Zusammenhang als Signal und Symptom wirken. Die äußeren Anlässe zu diesen Teilwahlen sind verschieden. Und doch wäre es falsch, diese Teilwahlen nur unter dem Gesichtspunkte des äußeren Anlasses zu betrachten. Sie haben gemeinsamen Sinn und gemeinsamen tieferen Anlaß.

Eine erste Periode des staatlichen Lebens in der Deutschen Republik geht zu Ende. Es war der Sinn dieser Periode, zu den verschieden gerichteten sozialen Kräften in Deutschland die politische mittlere Linie, die Diagonale im Parallelogramm der Kräfte zu finden; in der Richtung dieser Diagonale eine Politik zu treiben, die stetigen, sicheren, entschiedenen Fortschritt in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht verbürgt und die Sicherheit der Republik gewährleistet. Die Herausarbeitung dieser Diagonale bedeutete, durch eine Politik der Konzessionen an den notwendigen und unvermeidlichen Fortschritt die zerstörenden Kräfte aus dem politischen Leben auszuschalten. Nach dem Kriege und der Revolution konnte diese mittlere Linie nur zustande kommen durch Konzessionen der bürgerlichen Parteien an die Sozialdemokratie als die Partei des Fortschritts und Aufstiegs — nicht umgekehrt. Denn die Tatsache, daß die Mehrheit des Volkes nicht sozialistisch dachte, die wirtschaftliche Kräfteverteilung in Deutschland, und die andere Tatsache, daß zwei annähernd gleich starke Klassen einander nicht todschlagen und nicht zugrunde richten können ohne daß das Ganze untergeht, waren Schutz genug für das Bürgertum gegen zu stürmisches Tempo der Entwicklung zum Sozialismus hin, sobald es in dieser Hinsicht Konzessionen der Sozialdemokratie an das Bürgertum nicht bedurfte.

Aber das Parallelogramm der Kräfte in Deutschland ist heute zerstückt. Eine Diagonale kommt nicht mehr zustande. Im offenen Machtkampf ringen die Klassen und politischen Parteien gegeneinander. Im offenen Machtkampf wird keine Neugruppierung der Kräfte angestrebt, die eine Grundlage für die Herausbildung einer neuen Diagonale bilden wird.

Wie ist es dazu gekommen? Die Arbeiterklasse hat diesen Machtkampf nicht übermäßig herbeigeführt. Sie hat ihn nicht gesucht. Der Angriff ging von der Seite des Bürgertums aus. Die bürgerlichen Parteien wollten das politische Gleichgewicht, das sich nach der Revolution herausgebildet hatte, zu ihren Gunsten verschieben. Die Grundlage dazu aber ist die Verschiebung der sozialen Machtverhältnisse in Deutschland. Auf dem Gebiete, auf dem es um den Anteil der Arbeiterklasse am Ertrage der Produktion in Deutschland, um ihren Einfluß auf die Wirtschaft, um die Arbeitsbedingungen, um die Höhe ihrer Lebenshaltung geht, hat die deutsche Arbeiterklasse entschieden den kürzeren gezogen. Die wirtschaftliche Krise hat zunächst sie zermürbt, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in ihrer politischen Einsicht und ihrem politischen Willen. Sie vermochte nicht mehr, durch den Herzensabbau der Krise, des Inflationstaumels, des Nullenwahnsinns hindurch die großen Linien der Entwicklung zu erkennen. Sie wurde durch die stets wachsende, all ihre Gedanken bannende Sorge um die nackte tägliche Existenz von klarer und entschiedener politischen Willensbildung abgehalten.

Die soziale Schwächung der Arbeiterklasse wurde eskalant im Sommer 1923 — als die Katastrophe von Währung und Wirtschaft sie zu bitterstem Hunger verdammt. Auf dieser Grundlage von Not und Hunger und Verzweiflung erwuchsen jene ungeordneten, uneinheitlichen, richtungslosen Bewegungen in der verzweifelnden Arbeiterklasse, die sich einander illusionärem Radikalismus in die Arme warf, oder in Verzweiflungsdemonstrationen ihre Not hinausrief. Diese Bewegungen sind nicht von „Hetzern“ entfacht worden. Mögen die sich an die Brust schlagen, die im tollen Gewinn- und Spekulationsfieber Währung und Wirtschaft zugrunde gerichtet haben. Sie sind die „Hetzern“, die den „zerstörerischen Radikalismus“ hervorgerufen haben, der jetzt den bürgerlichen Parteien als dedenden Schild für ihre eigenen Absichten dienen muß.

Im Sommer 1923 war aber auch der Augenblick gekommen, wo das Bürgertum — und namentlich die Kreise der großen Wirtschaft — die Arbeiterklasse für genügend geschwächt hielt, um den allgemeinen Angriff auf sie zu eröffnen. Abbau des Achtstundentages — Lohnraub — Abbau der Sozialversicherung kennzeichnen die Etappen dieses Angriffes. Der Sinn war: nach-

## Dauernder Ausnahmezustand?

In der gestrigen Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei erklärte Reichswehrminister Gessler, daß in diesem Augenblick die Möglichkeit einer Aufhebung des Ausnahmezustandes wohl noch nicht gegeben sei, doch sei die Entscheidung des Reichskabinetts noch nicht getroffen. Die Fraktion vertritt die Auffassung, daß zu einer Verringerung ihres mehrfach bekanntgegebenen Standpunktes dem Ausnahmezustand gegenüber kein Anlaß vorliege.

In einer politischen Rede in Harburg sagte Reichsinnenminister Dr. Jarres: Der Ausnahmezustand könne solange nicht aufgehoben werden, als noch Umtriebe von der äußersten Rechten oder der äußersten Linken zu befürchten seien. Nur während des Wahlkampfes dürfte eine Aufhebung erfolgen.

Gessler und Jarres sind die beiden Minister im Reichskabinet, die sich an den Belagerungsstand klammern. Sie können sich ein Regieren ohne Ausnahmezustand überhaupt nicht mal vorstellen. Besonders die Denkwaise von Jarres ist typisch reaktionär. Er will während des Wahlkampfes den Belagerungsstand aufheben, und dann wieder einführen — warum weiß er heute selbst noch nicht, er weiß nur, daß er es will. Jeder Demokrat und Republikaner muß ob solcher Demaskierung reaktionärer Gesinnung hochlacht.

Die Pläne von Jarres und Gessler sind verfassungswidrig. Den Ausnahmezustand kennt die Verfassung als Ausnahmezustand, nicht als Regel- und Dauerzustand. Seine Verewigung bedeutet die Abschaffung der Reichsverfassung, die Erziehung des Verfassungsstaates durch die Militärdiktatur. Das wäre die trodene Revolution! Darum Schluß mit dem Geheulzustand, oder auch Schluß mit Gessler und Jarres.

## Der Handel um die Pfalz.

Paris, 6. Februar. (Eig. Draht.)

Die Meldungen Pariser Morgenblätter, wonach die französische Regierung in der Pfalz-Affäre England Konzessionen gemacht habe, eilen nach unieren. Informationen den Tatsachen weit voraus. Es soll angeblich zwischen Paris und London ein Kompromiß dahin erzielt worden sein, daß der Zustand vor der Errichtung der Separatistenherzogtümer wiederherge-

stellt werden soll in der Weise, daß zwar die von den Separatisten vertriebenen Beamten und Verwaltungsorgane, nicht aber die von der Interalliierten Rheinlandkommission ausgewiesenen Mitglieder der Behörden die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten sollen. Wenn wir recht unterrichtet sind, wird diese Lösung von englischer Seite angestrebt, sie ist aber bisher vom Quai d'Orsay noch nicht angenommen worden. Das Haupthindernis für eine Einigung bildet nach wie vor das französische Verlangen, daß die neue Pfalzregierung der Autorität der Rheinlandkommission unterstellt werden soll.

## Ämtliche Wahlbeeinflussung.

Weimar, 6. Februar. (Eig. Draht.)

Auf Grund der Meldung des „Soz. Parlaments-Dienstes“, daß die Presseangriffe gegen die Thüringer Regierung vom Generalanwalt des Militärbefehlshabers Hasse ausgehen, wurde unser Jenaer Parteiblatt „Das Volk“ auf zwei Tage verboten. Gleichzeitig wurde unter Geracker Parteiblatt, die Ost-Thüringer „Tribüne“ auf zwei Tage verboten, weil sie die Frage aufwarf, ob es wahr sei, daß der Militärbefehlshaber die Absicht habe, in den letzten Wahltagen die sozialdemokratische Presse zu verbieten. Interessant ist, daß bereits vor einigen Tagen beim Landeswahlleiter die Meldung einging, daß die sozialdemokratischen Blätter in den letzten Tagen vor der Wahl verboten werden sollen.

## Der Einkreis in Frankreich.

Paris, 6. Februar. Die Radikale Partei ist heute nachmittag zu einem Kongreß zusammengetreten. Dieser Kongreß ist logischerweise drei Tage nach dem sozialistischen Kongreß, der in Marseille tagte, zusammengetreten. Er wurde eröffnet durch eine großangelegte Rede des Parteiführers, des Abgeordneten Ferriol.

Im Sinne der Rede von Herriot wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die einzelnen Vereinigungen ermächtigt wurden, da, wo es notwendig ist, Wahlbündnisse zur Niedererringung des Nationalen Bloks abzuschließen. Diese Tagesordnung hat einstimmige Annahme gefunden. Damit hat die Radikale Partei wie die Sozialistische Partei den Bloß der Linken für die Wahlen besiegelt.

# Kämpfe

für die Republik!

# Wähle

sozialdemokratisch!

Liste Ehlers.



# Jede Stimme braucht das Volk! — Wählt sozialdemokratisch!

dem die deutsche Großindustrie ihre Herrschaft über die deutsche Wirtschaft und die Ausnutzung der Inflationsperiode aufrechterhalten hat, ging sie daran, sich gegen die Rückwirkung der Inflationsperiode zu sichern durch verhärtete Ausbeutung der Arbeiterschaft. Das ist der Sinn der Mitarbeit, zu der die Großindustrie die Arbeiter heranziehen will. Sie glaubt, die Zeit sei reif für eine neue Arbeitsgemeinschaft, in der sich Unternehmer und Arbeiter nicht mehr als gleichberechtigte Kontrahenten gegenüberstehen, sondern die auf die Unterwerfung der Arbeiter beruht.

Diesem sozialen Ziel des bürgerlichen Angriffs entspricht das politische. Vom Strate aus kann eine Regulierung des freien wirtschaftlichen Kampfes der Schwerindustrie erfolgen. Vom Staate aus kann das Interesse der Allgemeinheit gegen die Schwerindustrie geltend gemacht werden. Solange noch bei der Bekämpfung des politischen Kurses der Einfluss der Sozialdemokratie ins Gewicht fällt, solange ist die Schwerindustrie gehemmt. Diese liegt demnach zu befehligen, den übermächtigen wirtschaftlichen Einfluss der Schwerindustrie in politischen Einfluss umzusetzen, das ist der Inhalt der politischen Kämpfe, die jetzt das Klassenbewusstsein der Bürger gegen Arbeiterschaft und Sozialdemokratie führt.

Im Reich wie in Thüringen und Lübeck stehen darum die der Schwerindustrie am nächsten stehenden Kreise des Bürgertums in der vornehmsten Kampflinie gegen die Sozialdemokratie. Es hat seinen guten Sinn, daß diese Kreise — politische Volkspartei und Nationalliste — sich in Lübeck zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Sie stellen hier die Fragen: Staatsmacht oder Wirtschaftsdiktatur, Aufbau einer gesunden Volkswirtschaft oder Fortsetzung der bisherigen verderblichen Entwicklung. Sie wollen zur wirtschaftlichen Macht noch die Staatsmacht. Sie wollen ein neues Parallelogramm der Kräfte herstellen. In dem ihre Seite unendlich lang, die der Arbeiterschaft unendlich kurz ist.

Darum ist das die Zeit entscheidenden Kampfes! Jetzt gilt es, Folgerungen zu ziehen aus den abgelaufenen Jahren. Klar liegt vor aller Augen, wer wirtschaftlich Deutschland ins Verderben geführt hat. Klar sind die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft. Jetzt fällt die Entscheidung, im Reich wie in Lübeck wie in Thüringen, ob die Offiziellen des von der Schwerindustrie geführten Bürgertums gelingen soll. Gelingt sie, so geht Deutschland einer Periode härtester innerer Kämpfe entgegen, die alle Kräfte zu einer Gesundung zerschlagen müssen. Denn so wenig die Arbeiterschaft in der Revolution das Bürgertum unter ihre Diktatur pressen konnte, so wenig heute das Bürgertum die Arbeiterschaft — selbst wenn es seine Diktatur unter der Tyranie der Mitarbeit verdingt!

## Das Schicksal der dritten Steuerreformverordnung.

Am Donnerstag nachmittag beginnt im Plänkehauserauschuß des Reichstags die Beratung der dritten Steuerreformverordnung. Der Ausgang der Beratung, wie das Schicksal der Verordnung sind ganz unbestimmt. Die Beratung beginnt in allen Parteien heftiger Gegnerschaft. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie wird geleitet von den Schlußworten der Reichsversammlung vom 17. Januar. Darin hat sich die sozialdemokratische Fraktion dafür ausgesprochen, daß die Fragen, die in der dritten Steuerreformverordnung geregelt werden sollen, nicht auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes, sondern auf dem der ordentlichen Gesetzgebung ihre Erledigung finden.

Von den Demokraten ist namentlich ein Abänderungsantrag gestellt worden. Danach sollen die Länder auf die Dauer von zwei Jahren das Recht haben, durch Gesetz einen Zuschlag bis zu 20 Proz. zur Vermögenssteuer einzuführen, wobei zwischen immobilien und mobilien Vermögen, zwischen landwirtschaftlichen und anderen Grundstücken, zwischen Erbschafts- und anderen Vermögen unterschieden werden kann. Personen, die den Nachweis führen, daß sich ihr Vermögen seit 1913 um 80 Proz. verringert hat, sollen zu keinem höheren Zuschlag als 50 Proz., bei einer Verringerung um 60 % zu nicht mehr als 100 % und bei einer Verringerung um 40 Proz. nicht mehr als 150 Proz. herangezogen werden können. Die Grundlage für die Aufwertungsfragen soll der Vergleich zwischen der Steuererklärung von 1913 und den Vermögenswerten des 31. Dezember 1923 abgeben.

Über den Grundgedanken dieses Antrages wird sich reden lassen. Sein Schicksal wird in erster Linie abhängen von der Stellungnahme der Parteien zur Frage der Aufwertung von Forderungen. Durch die in dem demokratischen Antrag vorgesehenen Vermögens- und Vermögensgegenstandssteuern sollen die in der dritten Steuerreformverordnung vorgesehenen Inflationsgewinne insoweit Inanspruchnahme von Krediten, ungedeckter Ausgabe von Reichsgeld, Gewinnen aus Spekulationen usw. sowie die in Aussicht genommene Wertsteigerung. Soweit die Mißsteuer in Frage kommt, wäre das zweifelsfrei ein Vorteil. Dasselbe gilt aber vermutlich auch von den vorgesehenen Inflationssteuern, da durch sie nicht sicher ist, ob sie auch wirklich wirksam werden. Der Vorzug des demokratischen Antrages besteht darin, daß gleichzeitig als Vermögensbelastung für die Steuerzwecke erlegt werden; kein Nachteil, daß er Vermögensverchiebungen zur unzulässigen Herabsetzung.

Der Reichsversammlung erließigte in seiner Mitwirkung zunächst die Aufwertungsfrage. Nach einigen unentschiedenen Verhandlungen wurde dem Entwurf zugestimmt. Bis in die späten Abendstunden wurde dann über das Finanzengesetzgebot beraten.

## Die Feinde der Arbeiterbewegung.

S.P.D. Dresden, 6. Februar. (Eig. Drahtb.)

Unlautere Elemente versuchen, durch Verteilung von Flugblättern, deren Inhalt gemeine Verleumdung gegen die Gewerkschaften und ihre Führer enthält, in die Mitglieder der Bewegung zu bringen. Es ist festgestellt, daß durch Kommunisten in einzelnen Betrieben, Orten und Bezirken Sachens nach den Befehlen der K.P.D. Zentrale in Berlin die Verleumdungsbroschüren verteilt wurden. Der Inhalt der Broschüren ist vornehmlich die Annahme, daß die Herrscher und Vertreter mit den demagogischen Führern der Arbeiterbewegung in enger Fühlung stehen. Der Bezirksausschuß Sachsen des K.P.D. fordert daher am Mittwoch die Gewerkschaften öffentlich auf, gegen alle die Elemente mit den gefährlichen Absichten vorzugehen, die sich an solchen Untertanen offen oder heimlich beteiligen. Mit Recht wurde in dem Antrag

betont, daß allen Arbeitern klar geworden sein muß, daß trotz jahrelanger radikaler Schreie der gewerkschaftsfeindlichen kommunistischen Agitation nicht der geringste Erfolg für die Arbeiterschaft festgestellt werden kann.

## Der Fall Kahr.

München, 6. Februar. (Eig. Drahtb.)

Der Hitler-Ludendorff-Prozess wirft tiefe Schatten voraus. Das ganze Getriebe der bayerischen Politik ist in seinen Wirkungen heute ruhmlos, ja es steht mit voller Absicht alle Entscheidungen zurück, bis der Verlauf und das Ergebnis dieses Prozesses die Bahn für neue Entschlüsse freigegeben haben. Dieser Zustand erzeugt naturgemäß im gesamten öffentlichen Leben eine innere Spannung und die lähmende Unsicherheit, die nur erträglich erscheint im Hinblick auf den nahen Zeitpunkt, an dem durch den Prozeßbeginn das Ventil geöffnet und der Gefahr der Ueberwälzung begegnet wird. Offenbar in dem Wunsch, daß im Interesse der Öffentlichkeit dieses Ventil mit einiger Sicherheit und Zuverlässigkeit funktioniert, unternimmt es der bekannte Staatsrechtslehrer an der Universität München, Karl Rothemann, im Verlag Mohr-Tübingen, eine Broschüre zu schreiben zu lassen, die für jeden, mag er sich aus politischen, juristischen oder sonstigen Gründen mit dem Prozeß beschäftigen, von gleich großer Interesse ist. Sie führt den Titel „Der Fall Kahr“ und beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Mitschuld Kahrs, die gerade vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus von entscheidender Bedeutung ist.

Die Untersuchung dieses unparteiischen Geschichtsforschers ist im wesentlichen begründet auf die Berichte und Erklärungen, mit denen die Beteiligten auf beiden Seiten nach dem Publizieren der Defensivität vorüberwiegend haben. Rothemann untersucht naturgemäß vor allem die Frage nach dem Verhalten Kahrs in der Nacht vom 8. zum 9. November, da „gegen den Generalkommissar der dringende Verdacht der Mittäterschaft an jenem Hochverrat besteht“. Nach sorgfältiger Prüfung aller hier in Betracht kommenden Darstellungen über die Ereignisse im Bürgerbräuhaus kommt Rothemann zu dem Schluß, „daß Kahr auf die bringenden Bitten und Flehen Hitlers und Boehners aufrichtig und ernsthaft mittel, nachdem er selbst eine Art Gegenwehr gemacht, indem er vorschlug, daß er die Statthaltererschaft für die Monarchie übernehmen wolle.“ Nun war er ganz und gar dabei. Kann durch tatsächliche Angaben, die bis jetzt nicht erfolgt sind, kann Kahr den Verdacht entkräften, daß er einen Verfassungsverstoß hat verüben wollen und nur sehr langsam, vielleicht später, als Rothemann, sich entschlossen hat, hiervon abzubrechen. Kahr hat am 8. November nach langem Zaudern sich entschlossen, mit Hitler, Ludendorff und Boehner gemeinsame Sache zu machen. Einige Stunden später hat er, der soeben noch ein Mitropolitennarr war, sich auf sein Amt als Generalkommissar zurückgezogen, um dem Kind der nationalen Revolution, dem er noch eben selbst zur Geburt verholfen hatte, den Tod zu geben. Seine Beweggründe kennen wir nicht.

Für Rothemann steht fest, daß Kahr entschlossen war, an dem Hochverrat teilzunehmen und dementsprechend der Fall Kahr nach der rechtlichen Seite hin nach den Hochvertratsparagrafen zu beurteilen ist. „Kahr ist aber auch Beamter“, der überdies stets als Muster eines solchen der Bevölkerung hingestellt worden ist. Durch seine Beteiligung an dem Unternehmen Hitlers, insbesondere durch seine Uebernahme der Statthaltererschaft für die Monarchie, hat Kahr aber seine Amtspflicht schwer verletzt und seinen Eid gebrochen. Er ist auch hier von der einfachen Rücksicht des Handelns abgewichen. Wer sich selbst unterwerfen wird, bringt in sich zusammen. Wer die von der Sittlichkeit und dem Recht gestellten Schranken verläßt, verliert den Haß. Wer andere darin vorangeht, bringt Unheil über das Ganze. Tausende haben auf Kahr als den, der Ziel und Weg wies, der Richtschnur und Maß anmaß. Der Zusammenbruch Kahrs, der nicht vorhergesehen werden kann, wenn auch aus mannigfachen, dem Versteher fremden Gründen die gerichtliche Anklage nicht gegen ihn erhoben werden ist, wirkt zerstörend hinaus in die Weite. Die Verfehlung Kahrs liegt nicht nur in seiner Stellung in dem für Bayern und Deutschland unheilvoll endenden Unternehmen Hitlers, sondern in der Enttarnung des klaren Sinns für das Recht in der Verkörperung des Glaubens an Gerechtigkeit und Ueberzeugungstreue. Dies ist seine größte geschichtliche Schuld.“

## Zur Vorgeschichte von Versailles.

Lloyd George gegen Wilson.

London, 6. Februar. Reuter meldet: In einer der New-York World abgegebenen Erklärung verteidigt sich Lloyd George gegen die Angriffe, die gegen ihn im Zusammenhang mit den Bedingungen des Friedensvertrages betr. die militärische Besetzung der Rheingrenze durch die Alliierten gerichtet worden sind. Er erklärt, als er während der Friedensverhandlungen nach einem erdringenden Aufenthalt in London nach Paris zurückgekehrt war, habe sich herausgestellt, daß Wilson während seiner Abwesenheit in diesem Punkte vor den Franzosen kapituliert hätte. Er habe erst kürzlich erwidert, daß Clemenceau und Wilson während seiner Abwesenheit hierüber ein geheimes Abkommen unterzeichnet hätten.

Laut Evening Standard kann Lloyd Georges Erklärung nur dann verstanden werden, wenn man annimmt, daß es jetzt die Absicht der französischen Regierung sei, das geheime Abkommen als Rechtfertigung der darauf folgenden französischen Politik zu veröffentlichen. Während der Lebenszeit desormaligen Präsidenten Wilson sei ein derartiges Verfahren wahrscheinlich durch ein Verbrechen verhindert worden. In der Unterredung mit dem Herrscher der New York World erklärte Lloyd George, er sei gegen die 15-jährige militärische Besetzung der Rheingrenze durch die Alliierten gewesen. Er habe vorausgesehen, daß, wenn Frankreich einmal die Grenze besetzt, es diese nicht wieder verlassen würde. Seine Annahme sei bereits durch die Ereignisse gerechtfertigt worden. Er sei jedoch im kritischen Augenblick während dieser Verhandlungen durch den

berückichtigten, durch Northcliffes-Telegramm organisierten Angriff nach London abgerufen worden. Als er nach Paris zurückgekehrt sei, offenbart geworden, daß Wilson sich Clemenceau ergeben hätte. Dadurch hätte Frankreich das Recht gewonnen, das Rheinland zu besetzen, was schließlich in den Vertrag eingeschlossen wurde. Lloyd George erklärte ferner: Ich habe gesehen die Dokumente vom Foreign Office erhalten. Die Franzosen wollen jetzt das Abkommen zwischen Präsident Wilson und Clemenceau veröffentlichen und wünschen, daß ich zustimme. Es ist ein wenig spät um meine Zustimmung zu bitten. Ich habe niemals zuvor die Dokumente gesehen.

Der politische Berichterstatter des „Evening Standard“ ist der Ansicht, daß Lloyd George die genauen Tatsachen wiederzugeben, wie er erklärt, daß er von Anfang an gegen eine Besetzung deutscher Gebiete gewesen sei.

## Reine Aussprache Macdonald-Boicore.

Paris, 6. Februar. (Eig. Drahtb.)

Das Projekt einer Zusammenkunft zwischen Boicore und Macdonald ist, soweit die nächste Zukunft in Betracht kommt, definitiv aufgegeben. Offiziell wird der Verzicht auf die Aussprache zwischen den beiden Premierministern, der man hier anfangs keineswegs abgeneigt zu sein schien, mit der Zweckmäßigkeit begründet, zunächst die Berichte und Vorschläge der beiden Sachverständigenausschüsse abzuwarten. Nach anderen Informationen aber, die hingegen mehr Wahrscheinlichkeit zu haben scheinen, soll Macdonald sich entschließen, die beabsichtigte Reise nach Paris bis zum Mai, d. h. bis nach den Neuwahlen zum französischen Parlament aufzuschieben, was den Schluß nahelegt, daß man aus innerhalb der englischen Regierung auf Grund der bisherigen Erfahrungen bereits zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß mit der gegenwärtigen französischen Regierung eine Verständigung über die großen europäischen Probleme aussichtslos ist.

## Aus der französischen Kammer.

Paris, 6. Februar. (Drahtmeldung.) Die Kammer nahm heute vormittags den ersten Abzug des Artikels 1 des Ermächtigungsgesetzes über die geplanten Sparmaßnahmen einstimmig an. Dieser Abzug setzt die Mindesthöhe der Abstriche auf eine Milliarde Franken fest, sagt aber noch nichts über die Durchföhrung. Kommunistische Abänderungsanträge über eine Bescheidung des Heeres- und Marineetats wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

In später Abendstunde versuchte der Führer der Radikalen Partei die Kammer zu veranlassen, den zweiten Abschnitt des Artikels, der der Regierung die Ermächtigung gibt, auf dem Wege der Erlasse gesetzgeberische Maßnahmen vorzunehmen, von der Tagesordnung abzulehnen. Die Regierung stellte die Vertretung in Frage und verlangte die öffentliche Abstimmung auf der Tribüne. Boicore hat in dieser Frage unrettung einen großen Sieg erringt, denn die Kammer lehnte es mit 253 gegen 16 Stimmen ab, die von Herriot verlangte Abziehung durchzuführen.

## Fürsorge für Arbeitslose in England.

London, 6. Februar. (Eig. Drahtb.)

Heute fand im Arbeitsministerium eine Konferenz zwischen Vertretern der Regierung, der Bauarbeiterverbände und der Arbeitgeberschaft der Bauindustrie statt, die sich mit dem Plan der Regierung befahte, 200 000 Kleinwohnungshäuser jährlich zu bauen. Die Regierung war vertreten durch den Arbeitsminister Tom Shaw, die parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium Margaret Bondfield, dem Gesundheitsminister John Wheatley und den Staatssekretär für Schottland Watson. (Die Wohnungsnot ist besonders eine schottische Frage, weil in den großen schottischen Industriestädten im Gegenfall zu den meisten anderen Teilen Großbritanniens die Arbeiterklasse in elenden Mietskasernen zu haus gezwungen ist. Auch Wheatley ist schottischer Abgeordneter.) Es wurde vereinbart, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen gemeinsamen Plan der Regierung unterbreiten. Eine der Hauptprioritäten ist die Frage der Beschäftigung der großen Zahl von ungelerten Arbeitern, die bei der Durchführung dieses Projektes innerhalb kürzester Zeit zu gelerntem Arbeitern avanzieren müßten. Es wird versichert, daß Macdonald großen Wert darauf legt, daß er in die Lage versetzt sei, bereits beim Zusammentritt des Parlaments in der nächsten Woche einen fertigen Wohnungsbauplan vorzulegen.

## Die Völkerverbundfrage.

Paris, 6. Februar. (Eig. Drahtb.)

Zu der von dem „Daily Dispatch“ veröffentlichten Erklärung Ramsay Macdonalds, daß Rußland und Deutschland so bald wie möglich in den Völkerverbund aufgenommen werden müßten, schreibt der „Temps“, Frankreich habe Grund zu dem Wunsche, daß der Eintritt dieser beiden Staaten in den Bund möglich werde. Die Interessen Englands und Frankreichs stünden nirgends miteinander in Widerspruch, und es sei wahrscheinlich, daß in den meisten internationalen Diskussionen die russischen und die französischen Delegierten sich gegenseitig unterstützen würden. Was die Zulassung Deutschlands betreffe, habe die französische Regierung bereits wiederholt erklärt, daß sie sich ihr nicht widersetzen würde, vorausgesetzt, daß Deutschland sich bereit erklärt, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund hätte zudem die Bedeutung von diesmal nicht unter Zwang erfolgten Erneuerung der Verpfändungen, die es mit seiner Unterzeichnung unter den Vertrag von Versailles gegeben habe. Das sei ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es sei allerdings richtig, daß das Statut, das dem Völkerverbund eine Reihe besonderer Vollmachten einräumt, diesen Bestimmungen des Friedensvertrages eine starke Elastizität gab, aus der Deutschland wahrscheinlich Nutzen zu ziehen vermag. Man werde ihm daraus keinen Vorwurf machen dürfen, wenn es sich zu gleicher Zeit entschließen sollte, über seine Verpflichtungen nachzudenken.



# England und Russland.

Von Rud. Breitscheid.

Das Kabinett Macdonald hat sehr schnell einen der Punkte des Programms verwirklicht, das die Vertreter der Labour Party im Wahlkampf ausgesprochen hatten: es hat die russische Sowjetregierung als jure anerkannt. Die betreffende Note besagt, daß die Föderation der sozialistischen Sowjetrepubliken von der britischen Regierung als der rechtmäßige Herrscher über diejenigen Territorien des ehemaligen russischen Kaiserreiches förmlich anerkannt wird, die selbst diese Autorität tatsächlich anerkennen. (Diese Fassung bezieht nebenbei gesagt offenbar auch Georgien ein, dessen derzeitige bolschewistische Regierung als Vertreterin des Territoriums tatsächlich die Autorität der Moskauer Machthaber anerkennt.)

Hier und da wird nun in der Note insofern ein Widerspruch gefunden, als sie die Herstellung normaler Verhältnisse und vollständig freundschaftlicher Beziehungen von profitemen Vereinbarungen abhängig macht, die erst nach der vollzogenen Anerkennung zu treffen seien. Es will uns aber scheinen, als ob die Reihenfolge der völkerrechtlichen Akte nicht von der Bedeutung sei, die ihr in solchen Betrachtungen zugemessen wird. Freilich haben sich ja England, Frankreich und auch Amerika bisher auf den Standpunkt gestellt, daß Russland bestimmte Verpflichtungen eingehen müsse, bevor es der Privilegien eines vollberechtigten Mitgliedes der Völkergemeinschaft teilhaftig werden könne, und an dieser Forderung sind bekanntlich auch die Bemühungen gescheitert, die auf der Konferenz zu Genua und später im Haag angestellt wurden. Aber Macdonald hält auch den anderen Weg für gangbar, und er kann sich dabei darauf berufen, daß auch zwischen Regierungen, deren gegenseitige Anerkennung vollständig außer Zweifel steht, Streitfragen vorhanden sein können, die die normalen freundschaftlich-korrekten Beziehungen vorübergehend ausschalten. Es gibt ein sehr nahegelegenes Beispiel: Seit der Ruhrbesetzung sind die Beziehungen zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und Belgien auf der anderen Seite schon insofern nicht normal gewesen, als der deutsche Botschafter resp. Gesandtenposten in Paris und Brüssel mehr als ein Jahr lang nicht besetzt war. Aber das hinderte nicht, daß die Anerkennung der einen Regierung durch die andere keinen Moment lang fraglich war.

Nun werden freilich die Verhandlungen über die Russland gestellten Bedingungen am Ende nicht ganz reibungslos verlaufen, wenn man auch annehmen darf, daß das englische Kabinett, bevor es seinen entscheidenden Schritt tat, bestimmte Zusicherungen aus Moskau erhalten hat. Es handelt sich im wesentlichen um drei Punkte: 1. Wiederinstandsetzung der Verträge, die zwischen England und Russland vor der russischen Revolution abgeschlossen wurden, 2. Regelung der beiderseits bestehenden Forderungen, 3. Verzicht auf eine Propaganda, die den Umsturz der Einrichtungen des kontrahierenden Landes bezweckt. Grundätzlich sind von der Sowjetregierung keine großen Schwierigkeiten zu erwarten, doch bei der Beratung und Durchführung der Details werden Schwierigkeiten zu überwinden sein.

Was die Wahrung der alten Verträge angeht, so ist stets allgemein anerkannt worden, daß eine Aenderung in der Regierungsform usw. nicht das Erlöschen der Verträge zur Folge hat, die im Interesse der Staaten selbst geschlossen worden sind. Es wurde das u. a. im Protokoll der Londoner Konferenz vom Jahre 1831 so formuliert: „Es ist ein Prinzip höherer Art, daß die Verträge ihre Kraft nicht verlieren, welche Veränderungen auch in der inneren Organisation der Völker vor sich gehen mögen.“ Diesem Prinzip wird sich, wie man annehmen darf, auch die Sowjetregierung unterordnen und sich nur eine gemeinsame Nachprüfung des Inhalts der Verträge ausbedingen.

Heißer ist schon die Frage der Anerkennung der Forderungen. Man darf an die Note erinnern, die Tschitscherin im Herbst 1921 an die englische Regierung richtete und in der sich die russische

Regierung mit dem Vorbehalt, daß noch ihrer innersten Ueberzeugung kein Volk moralisch genötigt sei, die Schulden zu zahlen, die ihm während langer Jahrhunderte als Aktien auferlegt wurden, bereit erklärte, „mit Rücksicht auf andere Staaten und deren Bürger die Obligationen der Staatsanleihen, die von der zaristischen Regierung vor 1914 ausgegeben wurden, unter einer gewissen Reserve mit besonderen Bedingungen anzuerkennen, wenn Erleichterungen gewährt werden, die die Einhaltung der Verpflichtungen möglich machen.“ Als unbedingte Voraussetzung dieser Haltung wurde dabei ausgesprochen, daß die Großmächte sich gleichzeitig verpflichteten, bedingungslos alle Handlungen einzustellen, die die Sicherheit der Sowjetrepublik bedrohen und ohne Einschränkung das Prinzip ihrer vollen Souveränität und territorialen Integrität anzuerkennen. Die letzteren Voraussetzungen sind von England erfüllt, aber es kommt nun darauf an, die auch sonst sehr stark verklärte Erfüllung Tschitscherins zu verwirklichen und insbesondere darüber Klarheit zu verschaffen, ob das Wirtschaftssystem der Sowjets die Erlastung auch privater Forderungen erlaubt. Daß es sich bei alledem zunächst nur um ein Prinzip und nur um eine Form handelt, hat seinerzeit schon Kadek in der Besprechung der Tschitscherinschen Note hervorgehoben, denn wo nichts ist, hat auch England kein Recht verloren.

Unmittelbar praktisch ist das Verlangen nach dem Verzicht auf Propaganda. Hier liegen die Dinge für das britische Reich etwas anders als für Deutschland, denn London hat nicht in erster Linie Sorge vor einer kommunistischen Agitation auf den britischen Inseln, sondern es denkt an die nationalpolitische Agitation in Asien. In dem Handelsabkommen, das Lloyd George schon am 16. März 1921 mit den nicht anerkannten Russen geschlossen hat, war auch schon die Abgabe an Propaganda und ähnliche Aktionen in Persien, Afghanistan, Indien usw. stipuliert, aber schon bald darauf führte Lord Curzon, der damalige Außenminister, lebhafte Klage über feindschaftliche Auftritte des bolschewistischen Russland gegen britische Interessen in Afghanistan, Indien, Persien und der Türkei, und erst in den letzten Monaten wieder hat es bekanntlich recht lebhaft Auseinandersetzungen über die Wirksamkeit russischer Agenten in Afghanistan gegeben. Die Sowjetregierung wird nun zweifellos bereit sein, alles zu versprechen, aber ob die Verheißungen von ihr und der Leitung der Dritten Internationale auch gehalten werden, ist eine Frage, die wir nach unseren deutschen Erfahrungen nicht unbedingt mit Ja beantworten möchten.

Indessen sind das alles Probleme von zunächst untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß Macdonald den großen Aufbruch gewagt und ohne umfassende diplomatische Vorbereitungen die rechtliche Anerkennung Sowjetrusslands ausgesprochen hat. Im Parlament wird er für diese Politik zweifellos eine Mehrheit finden, denn nicht nur die Liberalen, sondern auch der Teil der Konserverativen, der an die Möglichkeit von Geschäften denkt, wird ihm zustimmen. Ob diese Geschäfte, die natürlich überhaupt nicht in Gang kommen können, ohne daß man den Russen beträchtliche englische Kredite eröffnet, in absehbarer Zeit so umfangreich werden, wie Optimisten es erwarten, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls aber ist grundsätzlich ein erster, sehr wichtiger Schritt zur Wiedereinführung des durch den Krieg lahmgelegten Gebietes in den Gang des Weltwirtschaftslebens geschehen. Bedeutungsvoller bleiben noch zu tun, und bei ihnen geht es nicht um staatsrechtliche Anerkennung und ähnliche Formalitäten, sondern um die Befreiung von Fesseln, die den Besiegten von den Siegern angelegt sind. Dieses deutsche Problem ist unendlich viel schwieriger zu behandeln und zu lösen. Daß die englische Arbeiterregierung hier zu eifriger Mitwirkung bereit ist, steht fest. Hoffentlich besitzt sie auch die Kraft in der ihr zur Verfügung stehenden Zeit, ein günstiges Ergebnis herbeizuführen zu helfen.

neue Organisation, indem sie die Stellung der Vertreter der Besitzerten und ihrer Arbeitgeber im Versicherungswesen aufschwerfte zu beeinträchtigen droht, zweifellos über die zunächst das öffentliche Beschäftigungssystem und das öffentliche Beamtentum betreffende Reformaufgabe des Sparauschusses hinaus. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, so bereitwillig sie sich in den Dienst der von ihnen längst geforderten Vereinfachung und Verbilligung des durch die deutsche Staats- und Wirtschaftsnot hart betroffenen Versicherungswesens stellen werden, erheben Anspruch darauf, daß amtlische Pläne der bezeichneten Art nicht ohne Fühlungnahme mit ihren Interessen und ihren Anschauungen verwirklicht werden. Auf die Billigung und die erst recht bei der späteren praktischen Durchführung unentbehrliche Mitwirkung jener Kreise können nur solche Aenderungen und Neuschöpfungen im System der Reichsversicherung rechnen, die sich von jedem Experiment freihalten, die den bisherigen Einrichtungen an Wirtschaftlichkeit und Einfachheit nachweislich überlegen sind und die, wenn sie schon keine Formen verändern mögen, das Selbstverwaltungsrecht der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsätzlich ungeändert lassen.

## Organ die Emmingerei.

Initiativantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Justizverordnung vom 4. Januar als Initiativantrag dem Reichstag vorgelegt.

## Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		6. Februar	5. Februar.
		(in Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1578 045	1578 045
Buenos Aires	1 Peso	1886 525	1376 550
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	173 665	173 665
Krischania	1 Kr.	587 578	570 570
Kopenhagen	1 Kr.	688 275	688 275
Stockholm	1 Kr.	1112 218	1108 285
Helsingfors	1 Finn. Mk.	106 233	105 735
Rom	1 Lire	186 184	184 787
London	1 £	18 154 500	18 684 750
Newyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	197 705	196 508
Zürich	1 Frs.	737 153	734 160
Madrid	1 Peseta	540 645	537 458
Portugal	1 Escudo	124 687	124 687
Japan	1 Yen	1855 375	1855 375
Rio de Janeiro	1 Milreis	503 725	488 775
Wien	1 Kr.	60 049	60 049
Prag	1 Kr.	128 789	123 091
Jugoslawien	1 Dinar	50 873	50 174
Budapest	1 Kr.	147 680	145 625
Bulgarien	1 Lewa	30 678	30 174

Er soll das Schurgericht wiederherstellen, für Schöffengericht und Strafkammer das zahlenmäßige Uebergewicht der Laienrichter durchzuführen, die Befreiung von Vergehen vom Schöffengericht an den Einzelrichter gleichermäßen von der Zustimmung des Staatsanwalts und des Beschuldigten abhängig machen, für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen den Gebanten der Verhältniswahl zur Geltung bringen, den Umfang der Beweisaufnahme vor den Schöffengerichten richterlichem Belieben entziehen, den Durchbrechungen der Anklagepflicht des Staatsanwalts eine weniger bedenkliche Form geben und die Stärkung der Höchstgerichte der Länder auf Kosten des Reichsgerichts verhüten.

## Bedenkliche Praktiken.

Verhinderung von Staatsbesitz.

Die Preussische Bergwerks-A.G., die seit kurzer Zeit den Bergwerksbesitz des preussischen Staates zusammenfaßt, um eine rentablere Bewirtschaftung zu ermöglichen, leidet, ebenso wie die Reichseisenbahn, unter dem Mangel an Betriebskapital. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, denkt man zur Behebung der Geldnotlage an einen Verkauf von Aktien an große Kohlenverbraucher, die dauernd Beziehungen zu den Gruben der Bergwerks-A.G. sehen. So soll sich z. B. Oberloos lebhafte für einen solchen Aktienverkauf interessieren. Wenn es sich um den Verkauf nur kleiner Aktienpakete handelt, würde die Bergwerks-A.G. damit kein Novum schaffen. So haben u. a. auch die Deutschen Werke A. G. zur Beschaffung von Betriebsmitteln ihre Aktien an der Berliner Börse eingeführt. Die Wünsche der eventuellen Käufer der Preussischen Bergwerks-A.G.-Aktien scheinen aber besonderer Art zu sein. Die Interessenten wünschen nämlich nur solche Aktienpakete zu erwerben, die ihnen die Majorität über gewisse Zechen der Bergwerks-A.G. sichern. Das würde einen Höchst wichtigen Staatsbesitzes mit Schmelzpreisen an die private Industrie bedeuten, die sich noch dazu die Mittel vom Staat beschafft, indem sie ihrer Steuerpflicht nicht nachkam und die Inflationszeit auch sonst noch anderweitig zu ihrem Vorteil ausnutzte.

## Thüringen vor der Wahl.

SPD. Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Am Sonntag wird in Thüringen die Landtagswahl stattfinden. Das Resultat der Wahlen wird sicherlich seine Ansetzung erfahren, weil die Wahlfreiheit unter dem militärischen Ausnahmezustand nicht gewahrt worden ist. Daß darüber hinaus der Militärbefehlshaber in Thüringen, Generalleutnant Hasse versucht hat, alles zu tun, um die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf zu unterstützen, ist weniger bekannt. Die bürgerlichen Parteien glauben, daß nach dem Einmarsch der Reichswehr der Zeitpunkt gekommen wäre, Thüringen „von den roten Ketten zu befreien“. Vertreter der bürgerlichen Parteien erschienen am 5. Dezember 1923 bei dem Militärbefehlshaber Generalleutnant Hasse in Weimar und erklärten ihm, daß sie die Ernennung eines Reichskommissars wünschten. Sie hielten dabei, daß sie um diese Ernennung jedoch in Berlin nicht ausdrücklich bitten wollten. Als Grund hierzu geben sie an, sie wollten der Linken nicht die Möglichkeit geben, eine Forderung der Rechte auf Einführung eines Reichskommissars im Wahlkampf agitatorisch auszunutzen.“

Für den Generalleutnant Hasse waren diese Wünsche der bürgerlichen Parteien Befehl. Wie einseitig er sich für die bürgerlichen Parteien festgelegt hat, geht daraus hervor, daß er darauf in Berlin eine grundlegende Aenderung befürwortete, die er nur darin erblicken konnte, daß durch Neuwahlen, die von der Reichswehr in Vorbereitung und Durchführung gesichert werden, die bürgerliche Mehrheit der Bevölkerung die ihr zustehende Regierung erhält.“ Als Vorbereitung für die Herbeiführung einer solchen Wahl verlangte er damals nachdrücklich Eingreifen der Reichsregierung, Auflösung des Landtages und Einsetzung eines Reichskommissars, der die Regierungsgeschäfte bis zum Ende der Neuwahlen und bis zur Einsetzung der von dem neuen Landtag zu bildenden Regierung führt.“

Es ist notwendig, auf diese Dinge hinzuweisen, trotzdem die Reichsregierung den Wunsch auf Einsetzung eines Reichskommissars auch dann nicht erfüllte, als die bürgerlichen Parteien bei der Reichsregierung doch noch darum vorstellig wurden. Ueber das Vorgehen des Generals, der sich anmaßt, bevor die Wahlen stattgefunden haben, von der bürgerlichen Mehrheit zustehenden Regierung zu reden, wird im Reichstag noch ein Wort zu sprechen sein.

## Vor dem Hafenarbeiterstreik in England.

London, 5. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Vertretung des Hafenarbeiterverbandes einschließlich zweier Abgeordneter überreichte am Dienstag dem Arbeitgeber verschiedene Forderungen, u. a. eine Erhöhung des Minimallohnes um 2 Schilling pro Tag und die Garantie voller Beschäftigung in der Woche. Die Arbeitgeber haben daraufhin eine Sitzung des Zentralvorstandes ihrer Organisation einberufen, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen. Sie werden ihre Entscheidung in einer weiteren gemischten Konferenz mit den Vertretern der Arbeitnehmer mitteilen, die am Montag stattfindet. Falls eine Einigung nicht erfolgt, tritt der Hafenarbeiterstreik in ganz England am 16. ds. Mts. in Kraft.

## Differenzen der englischen Liberalen.

London, 4. Februar (Eig. Drahtber.)

In politischen Kreisen wird erzählt, daß die Harmonie zwischen den Führern der beiden liberalen Richtungen, Asquith und Lloyd George, einen ersten Riß erlitten habe, weil bei der Verharmelung der beiden Organisationen Asquith es abgelehnt hat, gewisse Parteisekretäre und sonstige Angestellten der Lloyd Georges-Kampfung zu übernehmen. Daraufhin habe Lloyd George eine Zusammenlegung der beiden Parteikassen einzuweilen verweigert, wobei er bei weitem über die reichere Kasse verfügen soll als Asquith.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikant Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Die Finanzen des Reiches.

Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse betragen die Einnahmen in der Zeit vom 21. bis zum 31. Januar rund 188,8 und die Auszahlungen 199,1 Millionen Mark. Der Zukunftsbetrag beläuft sich also auf rund 10,8 Millionen, wodurch sich der Gesamtzuschuß (seit dem 16. November 1923) auf 628,9 Millionen Mark erhöht. Bei den Einnahmen sind die Erlöse aus der Begebung von Rentenmarktschuldscheinen, die als Betriebsmittel dienen, in Höhe von 160,9 Millionen Mark von den übrigen Einnahmen abgetrennt. Die Einnahmen für den ganzen Monat Januar betragen 440,8 Millionen, denen Ausgaben in Höhe von 442,7 Millionen gegenüberstehen. Der Gesamtzuschuß, der noch im Dezember 334,9 Millionen betrug, reduziert sich also somit auf 1,9 Millionen. In den Ausgaben sind enthalten der größte Teil der Besoldungszahlungen für die erste Februarhälfte und der Besoldungszuschüsse für Länder und Gemeinden, die des außerordentlichen Haushalts und die für Ausführung des Friedensvertrages einschließlich der Besoldungslosten und die Restzahlung für die Abwicklung des Ruhrunternehmens. Rund 200 Millionen Goldmark wurden als einmalige Ausgaben für die Steuerüberweisungen an die Länder aus der Abschlußzahlung auf die Einkommensteuer für 1923 und für den Rückkauf von Goldanleihe gebraucht. Dagegen kamen schätzungsweise an einmaligen Steuern 220 Goldmark ein.

## Aus dem Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages behandelte am Dienstag die Reform des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten weiter. Gegenstand der Diskussion war zunächst das Verfahren vor dem Einzelrichter. Vermögensrechtliche Streitigkeiten sollen nach der Regierungsvorlage in landgerichtlichen Verfahren grundsätzlich durch den Einzelrichter entschieden werden, doch soll eine Verweisung an die Kammer eintreten, soweit eine der Parteien — was in jeder Lage des Verfahrens zulässig sein soll — dies beantragt oder der Einzelrichter selbst dies von Amtswegen anordnet. Der Ausschuß trat diesem Standpunkt bei. Auch einige weitere Veränderungen der Zivilprozessordnung wurden vom Ausschuß angenommen, die im wesentlichen dazu dienen, bestehende Vorschriften der Neuordnung anzupassen.

## Der Wiederaufbau der Sozialversicherung.

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats sahte nach eingehender Aussprache über die Fragen der sozialen Versicherung einstimmig folgenden Beschluß:

Der Sparauschuß bereitet für die Träger der Reichsversicherung, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsbehörden einen Reorganisationsplan vor, dessen Durchführung die Aufhebung der bisherigen Organisation des sozialen Versicherungswesens zugunsten einer völlig neuen bedeuten würde. An den beannagewordenen Grundzügen geht die



Die im Frieden so beliebten Serientage werden wieder eingeführt!

Morgen Freitag beginnen die ersten

# 10 SERIENTAGE

Große Warenposten gelangen, in Serien zusammengestellt,  
zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Ein kleiner Teil der ausgelegten Artikel ist hier nur angeführt!

## 95

- Korsettschoner 2x2 gestrickt, pa. Qual. 95<sup>h</sup>
- 3 Poliertücher gelb, dicke Ware ..... 95<sup>h</sup>
- 3 Feudel gute haltbare Qualität ..... 95<sup>h</sup>
- Hosenträger Gummi mit Lederpatte ... 95<sup>h</sup>
- Strickbinder hübsche moderne Streifen .. 95<sup>h</sup>
- Tändelschürzen weiß ohne Träger .... 95<sup>h</sup>

2 Paar Damenstrümpfe braun u. schwarz 95<sup>h</sup>

- 2 Paar Herrensocken grau ..... 95<sup>h</sup>
- Nachtjackenpiquee 80 cm breit .. Mtr. 95<sup>h</sup>
- 1 Mtr. Waschmusseline hell gem. . 95<sup>h</sup>
- Kinderpantoffel Ledersohle, 27-30 ... 95<sup>h</sup>
- 4 Kopfkissen-Ecken u. 2 Dock Garn 95<sup>h</sup>

## 1.95

- 2 1/2 Mtr. Blumenflanell hell gestreift 1.95
- 3 Mtr. Vortuch grau mit Borde ..... 1.95
- 2 1/2 Mtr. Wäschestouts prima Qual. 1.95
- Damenbeinkleid geschl. mit Zacke ... 1.95
- Makojacken für Herren ..... 1.95
- Normalhose für Herren, wollgemischt.. 1.95

Damenweste m. Ärmeln schw. 1.95

- Schürze in Wiener Form dunk.gstr. 1.95
- Unterrock mit breiter Stickerei 1.95
- 3 Paar Damenstrümpfe farbig... 1.95
- Paradehandtuch für Schlafzimmer .... 1.95
- Dreilkorsett: kräft, Qual., grau m. Lang. 1.95

## 2.95

- 3 Mtr. Sportflanell 80 cm, gestreift.. 2.95
- 2 Mtr. Kleiderstoff kariert doppeltbr. 2.95
- 1 Schlafdecke mit Borde ..... 2.95
- Normal-Hemd wollgemischt ..... 2.95
- Herren-Unterhosen Normal ..... 2.95
- Bardent-Damen-Hosen grau ... 2.95

2 1/2 Mtr. Blusenzepphir ca. 85cmbr. Ia. Qualität. 2.95

- Linoleumläufer ca. 68 cm breit ..... 2.95
- 2 Paar wollene Herrensocken 2.95
- Einsatzhemd wolgem. m. farbig, Einsatz 2.95
- Geldscheintaschen echt Leder ..... 2.95
- Wasch-Unterrock mit Volant, einfarbig u. gestreift 2.95

## 3.95

- 3 Mtr. Oberhemdenzepphir neue Streifen 3.95
- 4 Mtr. Musseline hell- u. dunkelgem. 3.95
- Reinwoll. Popeline ca. 105 cm breit 3.95
- Damen-Nachthemd mit Hohlraum Vorderschluß.. 3.95
- Voile-Blusen farbig, Jumper-Form .... 3.95
- Narren-Stepphut in Homespun ..... 3.95
- Arbeits-Jacke grau Drell, extra stark.. 3.95

Damen-Gummihüte ..... 3.95

- Herren-Taghemd extra schwere Ware 3.95
- Einsatzhemd Rips oder Perkal-Einsatz 3.95
- Damen-Schlüpfer merzeris. viele Farb. 3.95
- Damen-Unterhemd reine Wolle, gestr. 3.95
- Wasch-Unterröcke gestr. Wiener Lein. 3.95
- Herren-Futterhosen warm gefüttert beige und grau 3.95

## 4.95

- 4 Mtr. Kleider-Velour dkl. gemust. 4.95
- 1 Bettuch Ia. Haustuch, 140/225 ..... 4.95
- 6 Geschirrtücher Halbleinen, rot kar. 60/60 cm ..... 4.95

Frottee-Röcke einfarbig und gestreift 4.95

- Damen-Schirm mit gebogener Krücke 4.95
- Burschenhose gestreift Pilot, starke Qual. 4.95
- Herren-Hemd blau kariert, Oxford .... 4.95
- Sweater und Hose für 4-5 Jahre 4.95
- Damen-Nachthemd m. reich. Stickerei 4.95

Halbtuch-Unterrock m. pliss. Volant 4.95

- Gestreifte Schürze Jumper-Form.... 4.95
- Stickerei-Unterrock in guter Qualität 4.95
- Herren-Stepphut mit Ledereinfassung 4.95

## 5.95

- 1 Bettuch Halbleinen, 140x225 cm ..... 5.95
- 1 Bettbezug kariert u. geblümt, Kretonne Ischlüßig..... 5.95
- 1 Tischdecke waschbar, 130/130 cm.... 5.95
- 4 Mtr. Hauskleiderstoff einfarbig u. kariert 5.95
- Oberhemd weiß, ohne Manschetten..... 5.95
- Sporthemd einfarbig, mit einem Kragen 5.95
- Washjoppe dunkel, Größe 38-43 ..... 5.95

Breeches-Hose in allen Größen Fischgrätenmuster 5.95

- Herren-Schirm mit solider Krücke .... 5.95
- Damen-Schuhe Pumps, imit. Wildleder 5.95
- Eleg. Damenhut mit Seidenband garn. 5.95
- Mod. Lisere-Glocke schwarz od. farbig 5.95
- Damen-Schlüpfer Kaschmir, in vielen Farben..... 5.95
- Damen-Beinkleider m. brt. Stickerei und Einsatz... 5.95

## 6.95

- 1 Wolldecke grau mit Borde, 140/190 cm 6.95
- 1 Bettbezug 140/200 cm, ungebleicht ... 6.95
- 5 Mtr. Gardinen 130cm br. hübsch. Must. 6.95
- 1 Waffelbettdecke weiß mit Franse .. 6.95

Herren-Oberhemd gestreift Perkal und 2 Kragen 6.95

- Großer eleg. Damenhut Tagal o. Lisere m. Blumen o. Band garniert 6.95
- Voile-Bluse mit Handhochbaum ..... 6.95
- Zwirn-Arbeits-hosen gestr., alle Größ. 6.95
- Herrentuch-Mütze in prima Qualität. 6.95

## 7.95

- 3 Mtr. reinwoll. Cheviot t. Konf.-Kleid. blau u. marine 7.95
- 1 Ueberlaken mit Hohlsl., Linon 155/250 7.95
- Sommer-Lodenjoppe m. Gurt u. Falk 7.95
- Bursch.-Bucksinhose kräft. Qual. 7.95

Barkfisch-Kleid farbig, Schlupfform 7.95

- Farbiges Voile-Kleid mit weißem Eubi-Kragen 7.95
- Damen-Nachthemd m. breit. Stickerei u. Bandgarnitur 7.95
- Lisere-Hut hübsche Frauenformen, mit Reihern garniert ..... 7.95
- Sweater, Schal, Mütze Garnit. flauschige Qual. 7.95

## 8.95

- Kinder-Strickjacke in hübschen Farben 8.95
- Moiree-Unterrock gute Qual., alle Farb. 8.95
- Herren-Hose gut. Buckskin in all. Größ. 8.95
- Herren-Sweater reine Wolle, in blau 8.95

Leder-Hüte versch. ed. Formen u. Farben 8.95

- Elegant. groß. Damenhut Lisere 8.95
- Herren-Oberhemd mit Rips-Einsatz ohne Manschetten 8.95
- Kinder-Mantel flauschiger Stoff, Größe 80 cm ..... 8.95
- Sportjacke für Kinder, hübsche Farben . 8.95

# Hans Struve

Lübeck  
Königstr. 87-89  
Ecke Wahnstr.

Rendsburg — Neumünster — Itzehoe



## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 7. Februar.

### Befestigte.

Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die heiberlichste Art um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen! In Wahrheit heißt das: Die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abwälzen.

Hohe Löhne helfen die Kosten (der Produktion) verringern, weil die Leute, da sie keine pekuniären Sorgen haben, in ihrer Arbeit immer tüchtiger werden. Die Einführung eines Mindestlohnes von 5 Dollar für einen achtstündigen Arbeitstag war einer der klügsten Schritte in der Wirtschaftspolitik, die wir je getan haben.

Die schlechte Geschäftsphilosophie besteht aus dem Wahlspruch: „Eraffe, was du erraffen kannst“. Das sind die Spekulanten, die Ausbeuter, die untauglichen Elemente, der ständige Krebsknoten! Von diesen Leuten ist nichts zu erwarten. Ihre Sechstraft reicht nicht über ihre eigenen Klaffschäfer hinaus. Würde ich je vor die Wahl gestellt, entweder die Löhne zu drücken oder die Dividenden abzuschießen, ich würde, ohne zu zögern, die Dividenden abschaffen.

Arbeiter dürfen meiner Ansicht nach nur Leute sein, die selbst im Geschäft tätig sind und das Unternehmen als ein Instrument der Dienstleistung und nicht als eine Geldhechmaschine betrachten.

Löhne zu reduzieren ist schlechte Finanzpolitik, da zugleich auch die Kaufkraft reduziert wird.

Unständige Löhne haben mit „Wohltätigkeit“ nichts zu tun. Es ist etwas heiliges um den Lohn — er steht für Häuslichkeit, Familie und inneren Wohlstand. Man sollte daher sehr behutsam zu Werke gehen, wenn man an der Lohnfrage rüttelt!

Diese Mahnungen an das Unternehmertum aller Länder richtet der Automobilkönig H. Ford in seinem Buche „Mein Leben und Werk“.

Wie wird der Liste Thiel?

## Die Frau in Staat und Gemeinde.

### Unsere öffentliche Frauenversammlung.

Wie bereits gestern kurz mitgeteilt, sprach Genossin Reichstagsabgeordnete Elfriede Ryneck am Dienstagabend vor sehr gut besuchtem Hause zu den Frauen Lübeds. Unter obigem Thema behandelte sie in einfacher, zu Herzen gehender Weise alles das, was sowohl im Staat wie in der Gemeinde gerade für die Frauen von besonderem Interesse ist. So beispielsweise das weitverzweigte Gebiet der sozialen Fürsorge, der Sorge für Mutter und Kind, für die Alten, Kranken, die körperlich und wirtschaftlich Schwachen. Alle diese Fragen harren der Lösung durch die bessere Mitarbeit der Frau.

Mit aufrüttelnden Worten wandte sich die Rednerin an die große Schar der Gleichgültigen, die „mit Politik nichts zu tun haben möchten“, die noch immer nicht begriffen haben, warum es sich bei allen politischen Dingen, auch bei den jetzigen Wahlen, für sie handelt, und rief sie zur tätigen Mitarbeit an der Schaffung einer wahren Volksvertretung für Lübed auf.

Den einzelnen Parteien, die sich jetzt so fieberhaft um den Stimmengang gerade bei den Frauen bemühen, hielt sie den Spiegel ihrer eigenen Taten und Aussprüche vor. Besonders scharf rechnete sie mit der Verlogenheit des Bürgerturns ab, das große, schöne Worte im Munde führt und in allen den Frauen besonders am Herzen liegenden Fragen — man denke nur an die Behandlung des Rechts des unehelichen Kindes, an die Fürsorgemaßnahmen für Kranke und Erwerbsunfähige — bisher stets so jämmerlich verlagert hat. Sie erinnerte daran, wie blutwenig die Kommunen in Deutschland vor dem Kriege, als noch Geld da war, für die soziale Fürsorge übrig gelassen haben. Wie anders sieht dagegen jetzt unter unserem Einfluß die Fürsorgemittel schon aus, trotz der ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten, trotz der völligen Verarmung des Staates!

Die Referentin veräumte auch nicht, das zu sagen, was unserer Frauen nicht oft und nicht eindringlich genug gesagt werden kann: daß das heutige wirtschaftliche und soziale Elend in Deutschland die natürliche Folge der Politik der bürgerlich-kapitalistischen Kreise ist, derjenigen Kreise, die sich hier in Lübed um die Pfostenvertreter Thiel und Schödt kharzen. Mögen die arbeitenden Schichten Lübeds und ganz besonders die Frauen diese Herrschaften nur richtig erkennen!

Ebenso aber warnte sie mit klugen Worten vor der Politik unserer „Freunde“ von links, die überall da, wo sie einmal etwas unternommen haben, klüglichen Schiffbruch erlitten und dann nur der Reaktion in den Sattel geholfen haben. Wenn wir es aber irgendwie versuchen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, so haben wir immer erkennen müssen, daß kein Verlaß auf diese Leute ist.

Einzig und allein die ruhige, emsige aufbauende Arbeit der Sozialdemokratie ist es, die uns Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben kann. Nur die Schaffung einer starken sozialdemokratischen Mehrheit in der Bürgerschaft ist wirtschaftliche Gewähr für ein einigermaßen erträgliches Leben innerhalb Lübeds.

Diese ruhigen, sachlichen Ausführungen der Genossin Ryneck waren nicht nach dem Geschmack der anwesenden Kommunisten. Nachdem ihre Rednerin Ketty Guttman eine Viertelstunde lang nichts weiter verzapft hatte als wissenschaftlich unwahre Behauptungen über angebliche Mißstände im Lübeder sowohl wie im Berliner Gemeinwesen, und, wie selbstverständlich, die Schuld an allem, was überhaupt passiert, der WSPD gegeben hatte, wurde das Zeichen zu den wüsten Vorklauen gegeben, die wir gestern schon hier schilderten.

So häßlich und widerlich derartige Zwischenfälle in Arbeiter-versammlungen sind, so haben sie doch noch das eine Gute: die Kommunisten zeigen durch ihr Benehmen gleich offen, was Geistes-Kinder sie sind. Sie rühten sich durch ihre Aufführung besser und vernichtender, als ein anderer es jemals tun könnte.

## 1921-1922.

Der Bürgerchaftswahlkampf hat in diesem Jahre Formen angenommen, die sehr bedauerlich sind. Es will scheinen, als wenn in dem Wahlauschuß der „Wirtschaftsgemeinschaft“ Männer seien, die noch nicht lange in Lübed anständig sind, und als wenn die „Wirtschaftsgemeinschaft“ ihre Felle fortzuschwimmen sehe, und da führt sie einen Wahlkampf, der lächerlich wirkt. Warum trieb die Wirtschaftsgemeinschaft krasse Parteiwirtschaft bei Aufstellung der Liste? Warum war bei Feststellung der Reihenfolge nicht die Tüchtigkeit des Kandidaten, sondern die Parteizugehörigkeit maßgebend? War es keine Parteiwirtschaft, als die Deutsche Volks-

## Schicksalswende?

Schwerstes Unheil droht unserer Stadt durch die Herrschaft der radikalen Linke. Wollt Ihr das Elend über Euch kommen lassen? Unter Zurückstellung eigener Interessen hat sich das verantwortungsbewußte Bürgertum mit dem Gedanken der Wirtschaftsgemeinschaft, die uns alle trägt, geeint zum Kampf gegen die radikale Linke. Wollt Ihr, daß die jenseitigen Kräfte der Linksradikalen die Symbole von Industrie, Landwirtschaft und Handwerk völlig zertrümmern sollen? Stemmt Euch gegen dieses Todesurteil.

Diese Sätze bilden den ethischen Inhalt des Aufrufes der Wirtschaftsgemeinschaft 1924, mit dem Lübed überschwemmt wird. Herr Thiel, der Wirtschaftsgewaltige, bildet die Krone des Wiederaufbaukonzerns. An seiner Seite, vielleicht eine Bank hinter ihm sitzt Lewe, der Sekretär des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. Beide reichten sich die Hand zum Schwur, verbrühten sich gegen die Sozialdemokraten. Sie beide, der Großindustrielle und der Arbeiter, verfolgen das Ziel idealen Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit. Endlich ist der Bruderfuß vollzogen. Thiel und Lewe sind vereint. — Thiel diktiert den Aufruf. Und Lewe blieb nicht zurück. Und nun, lieber Leser, vernehme was folgt:

### Schicksalswende?

In milden Stößen jagte ihm das Blut nach dem Kopf. Ein Schwindel befiel ihn. Mühsam schluckte er einen Aufschrei hinunter. Der eben geöffnete Brief entglitt den zitternden Fingern. — Die Firma, der mehr als zwanzig Jahre seines Lebens gewidmet waren, hatte ihm gekündigt. In grausam geschäftsmäßigen Formen war der Kündigungsbrief gehalten. Man hatte ihn in die Wohnung geschickt. Ein letzter Beweis der Scham!

Vor ihm das Nichts! Die Fabrik schloß den Betrieb. Alle Arbeiter und Angestellte entlassen. Krass! Angewiesen auf eine öffentliche Unterstützung. Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Armes Weib, arme Kinder! Zu den Sehtausenden arbeitsfreudiger Kollegen, die in diesen Wochen das Schicksal geschlagen hatte, kam nun auch er. Wie eine blut- und gefühllose Nummer war er mit allen Angestellten seines Betriebes ausgehakt, auf den Schrotthaufen geworfen worden.

Am nächsten Morgen erfuhr er Genaueres. Trotz aller Geheimnisträuerei war die Wahrheit durchgesickert. Nicht die Geschäftslage war der eigentliche Kündigungsgrund. Der Betrieb und damit das Kontor wurde stillgelegt auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes. Das stille Ringen dieses Verbandes gegen alle Rechte der Arbeitnehmer war in offenen Kampf ausgeartet. Staat, Gesetz und Vertrag sollten mit einem großen Schläge zerbrochen werden. Die militärisch straff organisierten

partei den eben erit importierten Parteisekretär, Herrn Dr. Bauer, als Kandidaten präsentierte? Das können Sie nicht verstehen, denn Sie leben von den Parteien, Herr Dr. B.!

Wie? Der Leser meint, den vorstehenden Sätzen fehle der leitende Gedanke, der sie verbinde? Oder er glaubt, die obigen Ausführungen schon irgendwo gelesen zu haben? Sehr richtig! Man lese überall statt „Wirtschaftsgemeinschaft“ das Wort „Einheitsliste“ oder „politische Parteien“, statt Dr. Bauer: Dr. Bentzin, dann hat man wirklich das Urteil, das vor zwei Jahren der Bürgerbund (Zweites) über seine heutigen Kampfgenossen der Liste Thiel-Schwertfeger-Ziesenis abgab. Ist eine größere Heuchelei, ein größerer „Wahlwindel“, um mit dem damaligen Organ des Bürgerbundes, dem „General-Anzeiger“, zu reden, denkbar? Wen erinnert solch Gebarden nicht an das Wort von dem Pack, das sich schlägt, das sich verdrängt!

### Der abgeblickte Herr Dietrich.

Auf der Liste des Haus- und Grundbesitzervereins steht an siebter Stelle — ganz bescheiden als Gastwirt bezeichnet — Herr Pederzani. Dieser Herr — nebenbei einer der größten Hotelbesitzer Lübeds, der sich zur Wahl Gastwirt nennen läßt — versuchte kürzlich, als die beiden Wirtschaftsorganisationen Lübeds eine Zusammenkunft hatten, die Herren Dietrich und Schloffer vom abgeregneten Verein als Redner und Stimmenfänger einzuführen. Herr Pederzani fiel mit seinem Antrag glänzend herein und die beiden Herren mußten, ohne ihre Rede los zu werden, wieder abgehen. Wer kann für Malheur. Es wäre ja auch ein Schauspiel für Götter gewesen, wenn die Angehörigen der Wirtschaftsorganisationen — die in ihrer übergroßen Mehrzahl Mieter und Pächter sind — sich von ihrem im Nehmen nicht bescheidenen Vermieter- und Pächtervertreter Ausführungen hätten machen lassen mit dem Ausklang, ihre Messer zu wählen. Also, da war es nichts, Herr Dietrich, da sind Sie fein abgeblickt.

Etwas mehr Glück hatten Sie allerdings bei den Inhabern der Markthallenstände. Hier konnten Sie den Anwesenden Vorklauen machen, von denen Sie, Herr Dietrich, überzeugt sein müssen, daß es nie in Ihrer Macht stehen wird, sie jemals zu erfüllen. Da hilft auch Ihr „Löwenmut“ nicht, mit dem Sie sich brühten.

Die Inhaber der Markthallenstände aber sollten sich fagen,

Freitag abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus  
**große öffentliche Versammlung**

Redner:

Reichstagsabgeordneter **Dr. Curt Geyer**  
und Senator **Mehrlein**

**Die Bürgerschaftswahl.**

Unternehmerverbände wollten es so. Ganz in der Stille hatten sie bei ihren Mitgliedern das Gewissen abgedrückt, jeden Widerstand beiseite zu räumen und die Generaloffensive bis zum letzten Gamaschentopf vorbereitet.

Durch Steuerabotage, Inflation, Regierungskillererei war die Staatsautorität untergraben. Planmäßig waren alle Gesetze kraftlos gemacht, die zum Schutze der Arbeitnehmer dienen sollten. Nun griff man zur Hungerpeitsche, letzte Hunderttausende trotlos auf die Straße und schrieb die harten Bedingungen vor, unter denen der einzelne wieder zur Arbeit zurückkehren durfte. Durch Hunger will man den Menschen im Arbeitnehmer töten, Seele und Freiheitswillen morden, um skrankenlos als Herr im Hause nach eigener Lust zu diktiert.

Wie einst Kaiser und Könige Freiheitskämpfer und Freiheitsstämpfer von Amt und Heim vertrieben, so jagen jetzt die Tjaren der Wirtschaft maßlos ihre Arbeitnehmer in Arbeitslosigkeit, in Not und Elend, weil diese gewagt haben, für Freiheit und Gleichberechtigung im Staats- und Wirtschaftsleben, für Menschentum und Menschenrecht einzutreten. . . . .

Wo steht dies geschrieben? Etwa im Heftblatt gegen den Kapitalismus, im Lübeder Volksboten?

O, nein!

Das ist ein Auszug aus einem Artikel der im General-Anzeiger-Verlag des Herrn Coleman gedruckten Anzeiger-Rundschau, dem Mitteilungsblatt des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, redigiert und verantwortlich gezeichnet von Herrn Lewe, dem unglücklichen 13. der Liste Thiel. Was sagt Thiel zu seinem Bundesgenossen, der ihn und seinesgleichen, der die Wirtschaftsgemeinschaft so im Blendlicht hüllern läßt? Und was sagen die im WBL organisierten zu dem Chamäleon Lewe, Beauftragten ihrer Organisation, der mit ihren Schlächtern in Kumpanei lebt?

Hat einer je derartige Kontraste in einer Wirtschaftsgemeinschaft erlebt? Wer so die Wahrheit erkennt, wie sie Lewe in der „Schicksalswende“ kundgibt, und trotzdem mit den Schamachern und Volksunterdrückern marschiert, dessen Schicksal ist nicht nur gewendet, sondern besiegelt. Und umgekehrt. Sie sind einander wert.

**Wähler, Wählerin! Gibt es für Dich noch einen Zweifel? — Nein!**

Dieser Spekulation auf die Dummheit mache ein Ende!

Wähle sozialdemokratisch,  
die Liste **Gustav Ehlers!**

daß auch ihre Interessen nur wahrgenommen werden können von einer Partei, deren höchste Aufgabe es ist, die Allgemeininteressen zu vertreten.

Das ist die Sozialdemokratie! Sie und nur sie hat die Möglichkeit, in gerechtem Ausgleich auch die Interessen der Händler zu wahren. Deshalb, Verkäufer in der Markthalle fragt Euch selbst, ob Herr Dietrich seine Verprechungen wahr machen kann. Seht Euch diejenigen an, die angeben, Eure Interessen zu vertreten und doch in Wahrheit nur an sich selber denken. Laßt Euch nicht einfangen! Auch Ihr gehört in die Reihen des Proletariats, der Arbeitnehmererschaft.

Erkennt Eure Pflicht!

Wählt die Liste 2: **Gustav Ehlers.** cd.

## Angestellte, Beamte. Bürgerschaftswahl!

„Mehrere Lübeder Beamte und Angestellte“, haben in den Lübedischen Anzeigen und im General-Anzeiger ganzseitige Anzeigen veröffentlicht und auch Flugblätter mit dem gleichen Inhalt verbreiten lassen. Jedenfalls aus übermäßigem Mut hat man keinen Namen unter dieses Nachwerk gesetzt. Wir hätten sehr gern gewußt, welche Beamten und Angestellten einen solch blühenden Anfinn verzapft haben und wer trotz der überaus niedrigen Gehälter noch soviel Geld übrig hat, um derartige Anzeigen zu bezahlen.

In diesen Anzeigen wird Stimmung für die „Wirtschaftsgemeinschaft 1924“ gemacht und den Beamten und Angestellten in hochtrabenden Worten der „Segen“ einer solchen „Wirtschaftsgemeinschaft“ auseinandergesetzt.

Die Beamten und Angestellten mögen sich einmal die Frage vorlegen, ob eine solche Wirtschaftsgemeinschaft überhaupt möglich ist? Ob die Arbeitgeber in der Lage und gewillt sind, mit den Arbeitnehmern zusammen eine wirkliche Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden? Die Arbeitgeber werden diese Frage mit einem Ja beantworten, weil sie die Beamten und Angestellten gebrauchen, um in der Bürgerschaft eine Politik betreiben zu können, die ihren Geldsack schon und alle notwendigen Steuern den Arbeitnehmern aufpaßt. Im Grunde ihres Herzens denken sie gar nicht an eine Wirtschaftsgemeinschaft mit den Angestellten. Für sie sind die Angestellten die gleichen Ausbeutungsobjekte wie die Arbeiter. Die Arbeitgeber wissen genau, daß die Mehrzahl der Angestellten dies noch nicht erkannt hat, deshalb gehen sie behutlich mit ihnen eine „Wirtschaftsgemeinschaft“ ein, wenn auch nur für die Dauer der Wahlbewegung. Nachher, wenn die Angestellten den Lodungen gefolgt sind, bekommen sie einen Tritt.

Daß die Arbeitgeber die Wirtschaftsgemeinschaft nicht im entferntesten ernst nehmen, dafür ein kleines Beispiel zum Nachdenken für die Angestellten, die heute noch den bürgerlichen Verbänden nachlaufen.

Vor einigen Monaten, anlässlich einer Tarifverhandlung, geriet Herr Lewe (Kandidat der Wirtschaftsgemeinschaft und Geschäftsführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Hirsch-Dunckerer Richtung) mit einem Vertreter der Arbeitgeber in einen Wortwechsel. Die Folge dieser Auseinandersetzung war, daß Herr Lewe den Arbeitgeber wegen Beleidigung verklagte. Anfang Januar sollten nun Verhandlungen über einen neuen Tarifabschluß stattfinden. Von den Arbeitgebern wurde aber eine Bebinanna gestellt: Herr Lewe sollte keine Beleidigungsan-



**juristischen.** Eine Zusammenkunft, wie sie Herr Tietz einem Vertreter der Arbeiterkammer gegenüber nicht gemacht hätte. Aber einem Hirsch-Dunderschem Angeklagtenvertreter kann man ja so etwas bieten. Trotzdem steht Herr Leide auf der Liste der „Wirtschaftsgemeinschaft“, trotzdem erwarten die Arbeitgeber, daß ihre Angeklagten die Liste Tietz wählen.  
• Beamte, Angestellte, Handlungsgehilfen! Wollt Ihr Euch noch länger vor den Karren Eurer wirtschaftlichen Gegner spannen lassen? Racht Euch den Kleister aus dem Gehirn und denkt nach!!! Es gibt für Euch am 10. Februar nur eine Lösung:  
Wählt die Liste 2: Gustav Ehlers!  
Schmitt.

**Achtung! Parteigenossen und Parteigenossinnen!** Für die Kleinarbeit am Freitag und Sonnabend müssen sich eine Anzahl Genossinnen und Genossen im Parteisekretariat melden. Es ist Pflicht eines jeden Parteimitgliedes sich an dieser Arbeit zu beteiligen.

**Achtung! Sozialdemokratische Frauen!** Freitag nachmittags 3 Uhr: Material abholen im Gewerkschaftssekretariat, Johannisstraße 48. Keine Genossin darf fehlen!

Die parteigenösslichen Hausbesitzer versammeln sich heute abend 7½ Uhr in der Aula des Johanneums. Bericht des erwähnten Ausschusses.

**Milchverforgung.** Das Jugendamt schreibt: Mitglieder der Arbeiter Kaufmannschaft haben in den letzten Wochen für die Milchverforgung bedürftiger Säuglinge und Kleinkinder 4 000 M gesammelt und dem Jugendamt überwiesen. Ohne diese Beihilfe wäre es nicht möglich gewesen, die 2830 Säuglinge und Kleinkinder in dem bisherigen Umfang mit Milchzusätzen zu versorgen.

**ph. Morphiumdiebe und Kassagelbshwinder.** Vor längerer Zeit sind von der Kriminalpolizei in Hamburg 12 Kisten a 50 Kilogramm Morphium unter dem Verdacht des Schmuggels beschlagnahmt und in einem Speicher eines Hamburger Kaufmanns übergeben worden. Bei einer späteren Revision des Speichers wurde es aber heraus, daß aus den beschlagnahmten Kisten 200 Kilogramm Morphium gestohlen waren. Die Übernahme der Kriminalpolizei Hamburg, daß die Diebe die Ware am Ort verfahren beim Verschleiben würde, fand durch die spätere Ermittlung der Diebe ihre Bestätigung. An der Aufklärung der Sache ist auch die hiesige Kriminalpolizei im weitestestm Maße beteiligt, denn in Berlin wurde seinerzeit ein Mann angefaßt, der dort falsche norwegische Kronenscheine veranlagte hatte. Der Untersuchungsrichter erklärte, daß er die Fälschlinge von einem hier Ostfriesenstraße wohnhaften Schlosser gutgläubig in Empfang genommen habe. Dieses veranlaßt die hiesige Kriminalpolizei gegen den hier wohnhaften Verursacher der Fälschlinge vorzugehen, und nun stellt es sich heraus, daß er ein abgelegenes Geschäft hat, aus dem die Fälschlinge einem Hamburger Händler unter Vorgabe abgeschwindelt hatte, er wolle für ihn einen großen Morphium kaufen. Bei dem weiter angefaßten und nach Hamburg ausgedrehten Ermittlungen gelang es nunmehr den Diebstahl des beschlagnahmten Morphiums aufzuklären und eine ganze Reihe von Tätern, Mittätern und Helfern, darunter sich auch ein weiterer Ostfrieser, ein in der Fischerstraße wohnhafter Händler befangen zu überführen und festzunehmen. Das gestohlene Morphium konnte nur zum Teil wieder herbeigeschafft werden, weil das weit größere Quantum mittels hiesiger Dampfer nach Hamburg aus in das Ausland verschoben war. Die bereits erwähnten 7000 norwegischen Kronen bilden einen teilweise Erlös aus dem gestohlenen Morphium. Durch die Ermittlung der Täter finden die Anzeigen über die in letzter Zeit im Umlauf gesehen falschen Kronenscheine, die ursprünglich aus Kiel kamen, ihre Aufklärung.

**ph. Nach Verlobung weiterer gestörter Betrügerinnen** ist von hier der 25jährige Kaufmann Ludwig, der zuletzt Bismarckstraße 6 wohnhaft war, flüchtig geworden. Er hat, soweit bisher festgestellt werden konnte, einen hiesigen Kaufmann um 10.

# Achtung! Die tätigen Genossen

treffen sich Freitag, den 8. Februar nachmittags zwischen 4½ und 5 Uhr in den bekannten Lokalen.

Sad Juder, einen Spirituosenhändler im Spirituosen und Wein im Gesamtwert von 663 Goldmark und einen Schlachtermeister um ein Schwein von 300 Pf. betrogen, ferner hat er ein ihm anvertrautes Brillantkollier und eine goldene Damenuhr unterschlagen.

ph. Gestohlen wurden auch Zertrümmerung einer Ledenscheibe aus der Auslage in der Gr. Burgstraße ca. 60 Tafeln Schokolade.

**Metallarbeiter Versammlung.**  
Die Metallarbeiterversammlung lebte es mit 317 gegen 204 Stimmen ab, eine nehmliche Wahl der Ortsverwaltung durch Umwahl vorzunehmen.  
Nunmehr hat der Vorstand das letzte Wort in dieser Angelegenheit.  
Die Ortsverwaltung.

## Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbau.

Der Schrei nach der Einführung der freien Wohnungswirtschaft wird immer wieder mit der Behauptung begründet, daß nur die freie Wirtschaft imstande sei, das nötige Kapital für die Belegung des Baumarktes heranzuziehen. Nach dem Debakel, das die freie Wirtschaft im Laufe der beiden letzten Jahre in der eigentlichen Industrie erlitten hat, werden auch unkritische Geister diese Behauptung nicht so ganz als erwiesen betrachten. Die Dinge liegen doch so, daß das notwendige Kapital für den Baumarkt nur durch außerordentlich hohe Zinsen herangezogen werden kann, da Geld für längere Zeit außerst knapp ist und die Industrie bevorzugt, weil diese fast durchweg jeden verlangten Zinsfuß bezahlet, um Betriebsmittel heranzubekommen. So werden heute z. B. für Geld mit Gaskontokorrentsicherung 3 und mehr Prozent für den Monat vergütet. Eine Reduzierung ist unwahrscheinlich, weil man in allen Ländern für die Zukunft mit einem hohen Zinstand rechnet. Solche überhöhten Zinsen können schließlich die Wirtschaft und Handel bezahlet, die ihre Waren schnell umzusetzen, nicht aber die Wohnungswirtschaft, die an und für sich durch die überhöhten Preise der Rohmaterialien und die Mieten in ihrer Rentabilität von Grund auf beschränkt ist. Es müssen also andere Wege gesucht werden, um für den Wohnungsbau Mittel flüchtig zu machen.

Dafür kommt unserer Ansicht nach, wie wir schon oft dargelegt haben, nur die Heranziehung von Mitteln aus der Wohnungswirtschaft selbst in Frage, die nur durch gezielte Maßnahmen erfolgen kann. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch eine Konferenz der Bauhütten-Betriebsvereine Berlin-Brandenburg, die in Berlin tagte und ein festes Programm der Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbau entwickelte. Das Programm betont vor allen Dingen, um gewissen Kreisen nicht Anlaß zu irgend einer Legendenbildung zu geben, daß die Wohnungswirtschaft nicht als Forderer gegeben werden dürfen, sondern in niedrigerer Zinsfuß festgelegt werden muß, der schließlich mit wachsender Rentabilität das normale Niveau erreichen soll. Als notwendig erachtete die Konferenz eine Umstellung der Wohnungsbauprogramme (Bauvereine usw.), die in einer Dachorganisation zusammengefaßt werden müssen mit dem Zweck der Bau- und Besatzung und Erschließung, der Baudurchführung usw. Die Zuschüsse sollen in Form von Hypotheken gegeben werden. Die Kapitalbeschaffung selbst denkt man sich so, daß die Guthaben der kleinen Sparer, die ja vor dem Kriege Dutzende von Milliarden ansammlten und die sich heute wieder auf ausbleibender Linie bewegen, von besonderen Instituten erfasst werden, so daß sie so dem Baumarkt zugute kommen und nicht an die bestenstellte private Wirtschaft, der die Geldbeschaffung viel leichter fällt als dem Baumarkt, abfließen.

**Achtung!**  
Angefangen der schlechten Konjunktur ist eine Belegung des Baumarktes unbedingt erforderlich. Dazu kommt, daß das Baugewerbe eine Schlüsselindustrie ist, mit deren völligen Erliegen eine Menge von Hilfs- und Nebenindustrien betroffen werden. Wir haben deshalb jedes Interesse an der Durchführung von Maßnahmen, die den Bau neuer Häuser ermöglichen. Das oben entwickelte Programm erscheint uns geeignet, diesem Zwecke zu dienen. Auch ist der Moment für die Erfassung der Guthaben der kleinen Sparer äußerst günstig, da die Depositionen von ständig steigenden Anlagen gerade der kleinen Sparer berichten und weil diese kleinen Sparer, die von der Industrie genug betrogen worden sind, nach der Periode des öffentlichen Wohlwollens gern bereit sein werden, ihre Spargroschen sicheren Bauinstituten zuzuführen.

## Die Reichsindexiffer

für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) betragt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 4. Februar, das 1,043-fachere der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vormoche (1,06 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,9 Prozent zu verzeichnen. Für den Durchschnitt des Monats Januar berechnet sich die Reichsindexiffer auf das 1,043-fachere gegenüber dem 1,247-fachere im Durchschnitt des Monats Dezember; das entspricht einer Abnahme von 11,8 p. C. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung betragen im Durchschnitt Januar das 1,043-fachere, für die Ernährungskosten allein das 1,27-fachere der Vorkriegszeit.

Die auf den 29. Februar berechnete Grobhandelsindexiffer des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 29. Januar (114,8) einen Rückgang um 0,8 % auf 113,9, der vorwiegend durch die nachträglich bekanntgegebene Herabsetzung der Eisenpreise sowie die weitere Preissteigerung bei Nahrungsmitteln bedingt wurde. Von den Hauptgruppen sanken Lebensmittel um 0,6 % auf 98,8, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 0,1 % auf 77,6, ferner Industriestoffe um 1 % auf 143,2, davon die Gruppe Kohlen und Eisen um 2,4 % auf 136,6, ferner Inlandsmarken um 1,0 % auf 102,2, während die Einfuhrwaren um 2,9 % auf 172,8 anjog.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Dichterbende.** Besuche, Mengstraße 23 II. Nächster Vortrag: Freitag, d. 8. Februar, 8 Uhr. Regisseur R. Heidmann; Arno Holz und Alfons Pehold. Die Volkshochschule.

**Volkshochschule.** Der Vortrag Dr. Lebers über Marxismus findet heute abend nicht statt.

**Stadttheater.** Freitag findet die Aufführung von der bestimmten Oper „Bique Dame“ von B. Tchajkowsky statt. Sonnabend für die Volksbühne: „Der Zigeunerbaron“. Sonntag erste Wiederholung von Tchajkowskys „Bique Dame“.

**Janja-Theater.** Von der beliebten und erfolgreichen Operette „Muschik“ können nur noch zwei Aufführungen, Donnerstag und Freitag, 7½ Uhr stattfinden. In Vorbereitung: „Dolly“. Sonntag nachmittags 3 Uhr wird als Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen, die auch für Erwachsene gelten, zum zweiten Male „Max und Moritz“ gegeben.

## Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Zuchtstrafen für wohnungsscheuende Angehörige. Vor dem Hamburger Landgericht standen die Bureauangestellten Hartung, Schmidt, der Maler Hanjen und der Hotelbeamte Wessing, die ersten beiden wegen Amtsverbrechens, die letzten beiden wegen Beihilfe dazu. Im Dezember 1922 entdeckte der Leiter des Wohnungsamtes, daß sich Beamte Schiebungen bei der Verteilung von Wohnungen hatten zukuhlden kommen lassen. Im Verdacht kamen Hartung und Schmidt. Hanjen und Wessing führten die Wohnungsscheuenden bei Hartung ein. Hanjen gab die Meldescheine der Wohnungsscheuenden...

# Deine Feinde sind im reaktionären Wahlsring vereinigt. Sie kämpfen für Klassenprivilegien der Besitzenden, verlängern Dir die Arbeitszeit, kürzen Dir den Lohr! Stimme sie nieder!

## Wähle die Liste Ehlers!

## Die Pflicht der denkenden Frau.

Die Revolution hat den deutschen Frauen eine selbstbewußte und kämpferische Haltung gegeben, was Sozialismus und nationale Bestrebungen der Frauenbewegung während der letzten Jahre einstrahlte und es zuletzt nur noch als fernes Ziel erhellte: die Gleichstellung von Mann und Frau auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

Als vor etwa einem Jahrzehnt die Kriegskarten durch Europa lagten, da waren unsere Frauen gezwungen — und es gelang meistens mit der größten Selbsterkennung — die bisher von den Männern innegehaltenen Stellungen und Berufe zu übernehmen, die Tätigkeiten der Männer auszuführen. Und wie füllten die Frauen diese Lücke aus? Das bisher für kaum möglich gehaltenen war: Löhne! Schon nach kurzer Zeit hatte sich alles in Deutschland damit abgefunden, daß überall da, wo bis vor kurzem Männer gehandelt hatten, jetzt Frauen zur vollen Zufriedenheit der Allgemeinheit wirkten. Nicht nur bei rein mechanischen, mehr untergeordneten Arbeiten waren die Frauen beschonnen am Plage, auch in höher geordneten, geistig führenden Positionen zeigen sie sich allen Anforderungen gewachsen.

Was nun die Frauen, hervorgehoben durch den Zwang der Kriegsjahre, an materieller und geistiger Unabhängigkeit gewonnen haben, das liegt sich naturgemäß nach Beendigung des Krieges nicht einfach ungekehrt machen. Es war daher eine notwendige Selbstreinigung, daß sich zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Frau nun auch die politische Mündigkeit gesellen mußte. Es mußte nach dem Vorausgegangenen eine weitere Notwendigkeit sein, daß in Zukunft die Frau nicht mehr als eine Staatsbürgerin zweiter Klasse behandelt werden konnte. Sie hatte jetzt ebenbürtige auch auf politischem Gebiete dieselben Rechte und Pflichten wie der Mann zu fordern.

Diesem Gebührenden haben seinerzeit im Jahre 1918 und in selbstbewußter Durchführung der alten Programmforderungen der Sozialdemokratie die sozialdemokratischen Volksbeauftragten durch praktische Taten bewiesen, daß sie den Frauen das gleiche Recht zu geben den Männern gaben. Und dieses Eintreten der Frau wurde auch in der Verfassung verankert. Das von vielen Männern so gern zitierte Wort: „Und er soll dem Herr sein!“ dürfte demnach auf die denkende Frau von heute nicht mehr recht passen.

Es ist nun aber auch unbedingt notwendig, daß die Frauen die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte wirklich ausüben, denn Rechte bedürfen Eifersucht! Ebenso müssen natürlich

auch andererseits die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften allen Fragen, die für die Frau als Hausfrau, Gattin und Mutter besonderes Interesse haben, das erforderliche Verständnis entgegenbringen. Dafür muß eben jede einzelne Frau durch Ausübung ihrer Wahlkraft besorgt sein. Die planmäßige Mitarbeit an der Lösung aller für das weibliche Geschlecht in Betracht kommenden Aufgaben muß höchstes Ziel jeder denkenden Frau sein. Gibt es doch in unserem Staatsleben wohl kaum ein Gebiet, auf dem nicht die Frau die besonderen Interessen ihrer Geschlechtsgenossinnen, der Familie, der Kinder wahrzunehmen hätte! Die Zeiten, in denen die Frau ausschließlich in den kleinen Fragen der Häuslichkeit gefesselt wurde, sind nun einmal endgültig vorbei.

Gerade auch diese neuen Pflichten nicht immer ganz leicht. Wir müssen heute manches Bittere und Trübe erdulden, doch muß auch über das Wort gelten: durch Kampf zum Sieg! Und dieser Kampf muß geführt werden als ein geistiger Kampf der Weltanschauungen. Gerade im Herzen der Frau leben noch die Ideale der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, derjenigen Ideale, die der Sozialismus auf seine Fahne geschrieben hat.

Bei die in Kampf der Weltanschauungen müssen wir aber jeder eine Feststellung machen, die nicht mit Gleichgültigkeit überzugehen werden darf: Parteien, die bis zur gesetzlichen Forderung des Frauenwahlrechts noch nie etwas für die Bestrebungen der Frauenbewegung übrig hatten, die sich stets gegen die politische Mündigkeit und Gleichberechtigung der Frau sträubten und dies auch heute noch im Geheimen tun, glauben sich nun mit einemmal zum warmherzigen Anwalt der Frauen aufschwüngen zu müssen, da es sich jetzt zur Wahl darum handelt, die Stimmen der Frauen zu bekommen. Da heißt es für jede Frau den Spreu vom Weizen zu sondern und wohl zu erkennen, welches der tieferen Sinn dieses politischen Umwälzungen ist.

Für eine denkende Frau dürfte jedoch kein Zweifel sein, welcher der Parteien sie ihr Vertrauen schenken soll, wenn sie überlegt, wo wirklich Freiheit und Fortschritt vertreten werden und zwar nicht erst seit heute und gestern.

Es ist deshalb einfarbes Gebot der Selbstverständlichkeit, wenn die Frauen ihre Stimme nur der sozialdemokratischen Partei geben, die für sie seit Jahrzehnten gekämpft hat.

Denkende Frauen, bewußt durch die Tat, daß ihr der auch durch Gesetz und Verfassung gegebenen Rechte und Pflichten würdig ist, wählt die Partei, die auch zu gleichwertigen Männern gerechnet hat,

wählt sozialistisch — die Liste Ehlers!  
E. M.

**Radio:** Deutschland-Argentinien. Am Freitag nachmittags 3 Uhr ist die neue Großfunkstation Monte Grande bei Buenos Aires, bei deren vor etwa zwei Jahren begonnener Herstellung deutsche Arbeit in hervorragendem Maße mitgewirkt hat, vom Präsidenten der argentinischen Republik, de Alvear, eingeweiht worden. Als erste Depesche, die auf dem neuen Wege befördert wurde, ist folgendes Telegramm des argentinischen Präsidenten an den Reichspräsidenten abgefaßt worden: „Es ist mir eine Freude, Ihnen, Herr Reichspräsident, durch Vermittlung der in diesem Augenblick eingeweihten Großfunkstation Monte Grande den Gruß der argentinischen Regierung und den Ausdruck der Sympathie unseres Volkes und seiner Wünsche für das Gedeihen der deutschen Republik zu übermitteln.“ Der Reichspräsident hat darauf geantwortet: „Durch Vermittlung der radiotelegraphischen Station in Monte Grande habe ich Ihre Grüße erhalten. Ich danke dafür aufrichtig und erwidere sie mit herzlichsten Wünschen für Argentinien's Volk und Regierung. Ich hoffe, daß die neue Verbindung dazu beiträgt, die Beziehungen der beiden befreundeten Nationen zu fördern und zu vertiefen.“

Eine Radio-Zeitung im ewigen Eis. Der Polarreisende war früher im ewigen Eis von aller Verbindung mit der Zivilisation abgeschnitten und ganz einsam in der weiten Arktis. Heute hat die Radio-Telephonie dieses Schicksal überwunden und ermöglicht es dem Forscher, auch in der Eiswüste mit der Außenwelt in ständiger Verbindung zu bleiben. Der berühmte amerikanische Nordlandfahrer Dr. Donald Mac Millan hat die Einsamkeit als das Schlimmste bezeichnet, was der Polarreisende zu ertragen hat. Seitdem der Radiodienst für Unterhaltung sorgt, darf dieser Schrecken der Polarwelt als überwunden gelten. Wie in der „Amichan“ mitgeteilt wird, nahm Dr. Mac Millan auf seine neue Nordlandreise einen Sender mit. Nachrichten von ihm treffen häufig ein, obwohl er gegenwärtig an der Nordwestküste von Grönland, 11 Grad vom Nordpol entfernt, eingefroren ist. Viele Ingenieure und Gelehrte waren der Ansicht, daß Mac Millan wegen des Nordlichts keine Nachrichten geben oder gar empfangen könne, aber diese Befürchtung hat sich bisher nicht bestätigt. Erst wenn der Polarforscher sich innerhalb der Nordlichtgrenze befindet, dürfte das Senden schwierig werden, weil dann die Sonne 24 Stunden lang nicht untergeht. Bei der gegenwärtigen Periode der Dunkelheit kommen die Nachrichten von ihm mit großer Regelmäßigkeit an. Aber wie steht es nun mit dem Radioreisenden? Mac Millan erhält in der hohen Arktis jede Woche seine Radio-Zeitung, und zwar spricht jeden Mittwoch um Mitternacht die Broadcasting-Station des Zenith-Expedition Beach Hotel mit ihm. Er erhält einen kurzen Bericht über die Ereignisse der Woche, Nachrichten von seinen Freunden und Verwandten, und auch seinen lieben Begleitern wird mitgeteilt, was sie persönlich interessiert. Außerdem genießen die Polarreisenden die sämtlichen Darbietungen des allgemeinen Radioprogramms, Konzerte, Reden, Vorträge usw.



findenden dem Hartung, der dann die Namen in den Rubriken der Mietgruppenlisten eintrug, und zwar unter Nummern, die bereits gelöscht waren, weil die unter dieser Nummer Eingetragenen vielleicht des Nachtragens müde geworden, sich nicht mehr sehen ließen. Außerdem datierte Hartung den Tag der Anmeldung ein oder zwei Jahre zurück, um den Anschein zu erwecken, die Leute warteten schon seit Jahren auf eine Wohnung. Nebenher besetzte Hartung nach Namen in der Liste mit „Tintentob“. Blessing war Empfangsbesitzer im Hotel „Atlantico“, er hatte viele Wohnungssuchende an der Hand. Er machte die Suchenden mit Hansen bekannt, der das Weitere bei Hartung veranlaßte. Niessie Summen haben die Wohnungssuchenden geopfert, die unter den Beteiligten je nach Verdienst geteilt wurden. Alle Angeklagten sind geständig; doch wollen Hartung und Schmidt sich nicht als Beamte betrachten lassen. Das Gericht erkennt für Recht: Hartung 3 Jahre Zuchthaus, 300 Goldmark, 5 Jahre Ehrverlust, Schmidt 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, 200 Goldmark, Hansen 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus; Blessing wird freigesprochen, weil er sich über die Schiebungen nicht im Klaren war.

**Schwerin.** 10 Parteien zur Landtagswahl. Nicht weniger als 10 Wahlvorschläge für die Landtagswahl sind eingereicht: 1. Kommunistische Partei, die Vorkämpfer Menzel und Buhler; 2. Vereinigte Sozialdemokratische Partei; Moltmann-Rudis; 3. Deutsche Volkspartei; Krüger-Geinzig; 4. Deutsch-völkische Freiheitspartei; Silbebrandt-Giele; 5. Wirtschaftsbund für Stadt und Land; Stier-Berndt; 6. Unabhängige Sozialdemokratische Partei; Rubin-Woh; 7. Deutschnationalistische Volkspartei und völkische Arbeitsgemeinschaft; Kneubusch-Blohm; 8. Arbeitsgemeinschaft der Republikanischen Partei und des Bauernbundes; Ahrend-Werner; 9. Deutschdemokratische Partei; Möller-Neumann; 10. Landpartei; Wäner Ahrend und Edmund Geisler.

**Gefestmünde.** Eine Fassschleifwerkstatt wurde im tiefsten Tirolgebäude ausgehoben. Als Hersteller des Fassschleifwerkes kommen der frühere Besitzer des Tirol, Albert, und der Buchdruckereibesitzer Erich Behrens in Frage. Während der frühere Besitzer des Tirol in Haft genommen werden konnte, ist es Behrens gelungen, zu entkommen. Von den Verbreitern des Geldes sind ebenfalls einige Personen in Haft genommen.

**Leer.** 50 Stück Vieh verbrannt. Ein großer Brand entstand in dem Orte Großheide im Kreise Norden. Die Besetzung des Landwirts Laden brannte mit allen Getreidevorräten, Maschinen usw. vollständig nieder. 7 Pferde, 32 Stück Hornvieh und 9 Schweine kamen in den Flammen um.

### Vermischte Nachrichten.

Das ungeheure Elend, das die Arbeitslosigkeit über die großstädtische Bevölkerung gebracht hat, findet einen furchtbaren Ausdruck darin, daß das Berliner Obdachlosen-Museum im Monat Januar seinen höchsten Besuch bisher aufzuweisen hat. Nicht weniger als 158 420 Personen wußten im Laufe des Januar in Berlin keine andere Zuflucht mehr, um die Nacht zubringen als das wirklich nicht lodende Museum. Diese Vermissten der Armen

## Wer mithelfen will, das Lügengewebe der bürgerlichen Parteien zu zerreißen, der zeichne für den sozialdemokratischen Wahlfonds.

lehnten sich aus 145 308 männlichen und 18 112 weiblichen Personen zusammen. Gegenüber dem Januar des Vorjahres mit 116 574 Besuchern ist also eine Steigerung von nahezu 50 Prozent zu verzeichnen, in der sich die ganze Not der Zeit wieder spiegelt.

**Schneestürme in Mittelamerika und Südrußland.** Wie bereits gemeldet, haben gewaltige Schneestürme in Mittel- und Westamerika alle Telegraphen und Telephonlinien vollständig zerstört. Die Städte Milwaukee, Chicago, Conak City und Minneapolis sowie andere große Städte, verkehrten drahtlos und senden so Hilferufe aus. Das Eisenbahnnetz ist vollkommen desorganisiert. Zahlreiche Flüge sind im Schneesturm geblieben. Nach einseitigen Berichten haben auch im Süden und Südwesten Rußlands abermals Schneestürme zu wüten begonnen. Die Schneevermehrungen sind noch ärger als zu Ende des vorigen Jahres. Es ist vorgekommen, daß Passagierzüge länger als 24 Stunden auf einer Station stehen mußten, weil die Weiterfahrt durch die Schneemassen unmöglich gemacht war. In Nordost-Rußland breitet sich eine Kältemasse aus, der Frost steigt bis zu 40 Grad.

**Einen furchtbaren Tod** hat ein Heizer des Bergarbeiter-Nationaltheaters gefunden. Da die Kohlen im Ofen der Zentralheizung schlecht brannten, hielt er Nachschau. Dabei wurde er von Schwefel erfaßt und fiel in die Glut. Er hatte nicht mehr die Kraft, sich aufzurichten, da jede Körperbewegung die schrecklichen Verbrennungen nur vermehrte. Als auf sein Schmerzensgeschrei Leute herbeieilten, fanden sie den Unglücklichen in einem unbegreiflichen Zustand. Das Fleisch hing in Fetzen von seinem Körper, die Augen waren aus den Höhlen getreten. Trotz der furchtbaren Verbrennungen lebte der Unglückliche noch vier Stunden. Seine Arbeitsgenossen sagten aus, er habe sich aus fränkischem Geiz so schlecht genährt, daß er kraftlos geworden sei.

**Kindliches aus Sowjetrußland.** Der Rat der Volkskommissare des Sowjetbundes befaßt sich zurzeit mit dem Gesetzentwurf über die Regelung des staatlichen Verwaltungsdienstes. Nach diesem Entwurf sind, wie der Ost-Express berichtet, nach Erreichung des achtzehnten und bei erteilter Genehmigung des zuständigen Arbeitsamtes sogar schon des vierzehnten Lebensjahres

alle Bürger des Sowjetbundes zum Eintritt in den staatlichen Verwaltungsdienst berechtigt. Allerdings sollen Personen, denen das Wahlrecht nicht zusteht, zur Beamtenlaufbahn nicht zugelassen werden. Nach Ablauf von je fünf Jahren Dienstzeit haben die Beamten Anspruch auf einen Monatsurlaub. Die Namen der besonders verdienten Beamten sollen in der Presse bekanntgemacht werden und ihre Träger durch eine erhöhte Pension und den „Orden der Roten Arbeitsschnecke“ eine Auszeichnung erhalten. Daß Staatsbeamte, die sich im Kindesalter befinden, Freude an Ordensbehang haben, wäre am Ende erklärlich. Um dieselbe Freude aber noch in reiferen Jahren zu verspüren, dazu muß man entweder ein treugläubiger Untertan oder ein starrer Revolutionär von rabulistischer bolschewistischer Naivität sein.

**Eisenbahnunglück bei Czestochau.** Aus Warschau wird gemeldet: In der Nähe von Czestochau ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Eine Arbeitergruppe, die mit Schneeschippen beschäftigt war, wurde von einer Lokomotive überfahren. Fünf von den 14 Arbeitern fanden auf der Stelle den Tod.

### Marktberichte.

**Getreide.** Hamburg, 6. Februar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Auf Grund der erhöhten Auslandsnotierungen war die Stimmung hier etwas freundlicher und die Forderungen wurden teilweise erhöht. Abschlässe wurden nur ganz vereinzelt getätigt. (Weizen in Rentenmark per 1000 Kilo): Weizen 143-154, Roggen 129-132, Hafer 104-112, Sommer- u. Winter-Gerste 144-160 ab inländ. Stationen einsehl. Vorpommern, ausländ. Gerste 152-162, Mais 167-170 frei Kaimaon. Oelkuchen: bei leicht befestigter Tendenz wurden Preise etwas erhöht.

**Futtermittel.** Hamburg, 6. Februar. Mais loco 8,60 R.-M., La Plata Mais Juli-Sept. 7,75, Reiszuttermehl (24proz.), Febr.-März, 1,35 Doll., Rapskuchen, loco in Dollar-Goldanleihe 1,20, Palmkuchen, Febr.-März in holl. Gulden 7,35, Inlandswaisenklee loco, in Rentenmark 4,00. Tendenz: stetig bei kleinerem Geschäft.

**Sen und Stroh.** Hamburg, 6. Februar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wienheu, loco auf 1,70 R.-M., do. gepreßt auf 2,70 R.-M.; Gerstestroh, gebündelt auf 0,75 R.-M., do. gepreßt 0,90 R.-M.; alles in Zentner in Rentenmark frei Waagon inländischer Verladestation. Tendenz: ruhig.

### Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ zum Preise von wöchentlich 45 Pfg. ab 10. Februar zur freien Zustellung ins Haus.

Name: \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_

# Nur noch 2 Tage

dauert unsere

# Aussteuer-Woche

Denken Sie daran

# Qualitätswaren

fabelhaft billig

# Holstenhaus

Ein gut erhalt. Fam.-Fahrrad z. kaufen gesucht. Ana. m. Pr. unt. C 662 a. d. Exp. (11681)

Stilles Mastensollum s. verm. Gartenrube 92 (11679)

Mastensollum s. verm. 11674) Johannstr. 481.

Ed. G. u. D.-Mastensollum s. verm. (11696) Klappenstr. 14a1.

Wer mächt für jung. Mann? Ang. m. Pr. unt. C 659 a. d. Exp. (11672)

Schirme werden repariert (11684) Warendorpsit. 501.

Frauen-Haar kauft u. zahlt hohe Preise. E. Mittelstätt, Griseur, F. 3716. Adlerstr. (11670)

Gummisohlen garantiert beste Qualität

0,20 für Kinder  
0,30 „ Damen  
0,40 „ Herren  
bei 11664

G. Grimm, Nachf.

Ständig billiges Angebot!

150 Patete Kernanzeden jedes Paket 3 B. Joh. und ein Stück Kohlenleder für 3-4 Paar Damenstiefeln zusammen nur 3.50 M. Solange Vorrat reicht!

Ein Pöcken wenig getragen. Frauen- und Mädchenstiefel zum Ausleihen (11706) Paar 2.50-3.00 M.

Wilhelm Blum, 19 Gartenrube 19.

Zierhaare (bes. Schweinehaare) kaufen höchstzahlend

Gebr. Wagner Telefon 3414 (11679) Dankwartstraße 26

Polst. Schötenkampstr. 18.

Gr. Pant'e Sertel voll. abzugeben. (11699) Post, Schötenkampstr. 18.

### Amtlicher Teil

Der Senat hat den Preussischen Generalkonsul Curique Vieckens in Hamburg auch für das Lübecker Staatsgebiet vorläufig anerkannt und zugelassen. (11714)

### Gebührenordnung des Polizeiamtes.

(Veröffentlichung am 7. Februar 1924.) Auf Grund der Bekanntmachung des Senates, betreffend Festsetzung der Gebühren und Abgaben durch die Behörde vom 15. November 1922, hat das Polizeiamt im Einvernehmen mit der Finanzbehörde eine neue Gebührenordnung beschlossen. Sie tritt an die Stelle der am 23. Oktober 1923 erlassenen Gebührenordnung.

Die Gebühren, welche in Goldmark berechnet sind, können bei dem Polizeiamte eingesehen werden. (11719)

Lübeck, den 6. Februar 1924. Das Polizeiamt.

Die Frist für die Bezahlung der Gas-, Strom- und Wasserrechnungen wird bis auf weiteres von 3 Tagen auf 5 Tage verlängert. (11714) Die städtischen Betriebe.

### Forstrevier Akerau. Bezirk Behlendorf.

## Holzverkauf.

am Dienstag, dem 12. Februar 1924, von 10 Uhr vormittags an in der Gastwirtschaft von Schüt in Behlendorf, aus den Forstorten Altsfelder Berg, Berkenstrüchen, Hansschm, Vosquet, Laubenberg und Krogen (11715) Nr. 401-642

280 Grn. Buchen- u. Weichholz-Busch Nr. 1-265  
480 Grn. Buchen-Rust- u. Knüppel  
17 „ Eichen  
10 1/2 „ Eichen-Pfähle  
47 „ Weichholz-Rust u. Knüppel  
Nigerau, im Februar 1924. Der Oberförster.

### Nichtamtlicher Teil

Für die herzlichsten Gratulationen u. Geschenke zur silbernen Hochzeit danken bestens (11698) E. Kreuziger u. Frau. Altmühl, Kol. 38.

Am 5. Febr. ent- schieft sanft u. ruhig im fast vollendeten 84. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Wärner Johann Quade. Die trauernden Angehörigen Caroline Quade geb. Voos und Kinder. Beerdt. Sonnabend, d. 9. 2. Trauerfeier 4 1/2 nachm. Kapelle Vorwerk. (11720)

Suche 3. sofort junges Mädchen v. 15-17 Jahr v. Rindern. Zu erfrag. b. Rudolph, Johannstr. 481. (11885)

### Deutscher Verkehrs-Bund Ortsverw. Lübeck

## Nachruf.

Am Montag, d. 4. d. Febr. starb unser treuer Kollege der Arbeiter Johann Wählers. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, d. 8. d. M., nachm. 1 1/2 Uhr a. d. Vorwerk Friedhof statt. Ob Ortsverwaltung.

Zu verkaufen e. Buchshahn. Wiedersstr. 17

Junge Frau sucht Beschäftigung s. d. Morgensstunden. Ang. unt. C 660 a. d. Exp. (11674)

25 eiserne Bettstellen à 3 Mk., 2 Bettstellen m. Matratzen à 10 Mk., 1 Wäschewasch 30 Mk., 1 Gg. Lohberg 35, 1. Stg. (11680)

2 Wäschekübel zu verkaufen. Schwartzauer Allee 40b 1, (11685)

Prima Ferkel zu verkaufen. (11691) Ernststr. 12.

Gr. Pant'e Sertel voll. abzugeben. (11699) Post, Schötenkampstr. 18.



# Die richtige Bezugsquelle Inventur-Ausverkauf.

für preiswerte  
Waren

(11721)

ist mein

Sie finden in demselben nicht nur die bei der Inventur zurückgesetzten Waren, sondern auch große Mengen in allen Abteilungen, die besonders preiswert eingekauft sind, außerdem erhalten Sie während des ganzen Inventur-Ausverkaufs auf alle nicht mit blau gezeichneten Waren einen **Extra-Rabatt von 10%**.  
Der weiteste Weg lohnt sich.

Versäumen Sie die günstige Gelegenheit nicht.

Herren-Anzüge 69<sup>50</sup> 48<sup>00</sup> 38<sup>00</sup> 18<sup>00</sup>  
Herren-Loden-Mäntel 19<sup>50</sup>  
Konfirmanten-Anzüge 59<sup>50</sup> 39<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> 19<sup>50</sup>

Die noch vorhandenen Winter-Lodenjoppen enorm billig

Die noch vorhandenen Winter-Unter- und Paletots enorm billig  
Eleganter Koper-G-Mantel jetzt 23<sup>50</sup>  
Eleganter Salin-Mantel mit Gurt 29<sup>50</sup>  
Covercoat-Paletots jetzt 49<sup>00</sup>  
Breaches-Hosen 17<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> 9<sup>50</sup> 5<sup>95</sup> 3<sup>50</sup>  
Starke Arbeits-Hosen ganz schw. Ware 8<sup>95</sup> 6<sup>95</sup>  
Elegante Herren-Hosen 17<sup>30</sup> 14<sup>00</sup> 9<sup>50</sup> 6<sup>95</sup>  
1 Posten blaue Arbeitshosen jetzt 2<sup>95</sup>  
1 Posten blaue Haustuchjacken ganzschwere Qualität 3<sup>95</sup>  
1 Posten Maco f. Manns-Unterhosen u. Hemden 2<sup>50</sup>  
1 Posten Normal-Hosen für Herren, wollgemischt 3<sup>95</sup> 2<sup>95</sup>  
1 Posten Normal-Hemden für Herren, wollgemischt 3<sup>95</sup> 2<sup>95</sup>

1 Posten Barchend-Männer-Hemden 3<sup>95</sup>  
1 Posten Woll-Schals ganz breit 1<sup>38</sup>  
1 Posten Herr-Socken ganz schwer 58 48 38  
1 Posten ganz schwere landwollene Socken Paar 78  
1 Posten Strickbinder 48 38  
1 Posten weiße Taschentücher Stück 35 25  
1 Posten Sportjacken für Knaben gestrickt 6<sup>75</sup> 5<sup>95</sup> 5<sup>25</sup>  
1 Posten w. Herrenhemden a. großfadigem Hemd-stuch 3<sup>95</sup>  
Damen-Strümpfe Seidengriff und Seidenflor farbig Paar 68  
Baumwollene Kinderstrümpfe Gr. 100 50  
rein wollene Kinderstrümpfe Gr. 8-11 durchweg 1<sup>38</sup>  
1 Posten gestrickte Damen-Hemden extra schwer 1<sup>38</sup>  
1 Post. schw. Korsettschoner als Unterhemd zu tragen 85  
1 Posten Damen-Schlupfhosen jetzt 1<sup>48</sup>  
1 Posten Damen-Schlupfhosen jetzt 1<sup>48</sup>  
1 Posten Damen-Schlupfhosen Futterware 2<sup>95</sup>  
1 Posten Bettlaken in Haustuch u. Halbleinen 6<sup>25</sup> 6<sup>00</sup> 3<sup>95</sup>

1 Posten Bettbezüge weiß 10<sup>50</sup> 5<sup>98</sup>  
1 Posten Kissenbezüge mit gebogener Kante 2<sup>75</sup>  
1 Posten Garnituren gestickter Bettbezug und zwei Kissen 14<sup>50</sup>  
Sommer-Kleiderstoffe Meter 1<sup>10</sup> 98 78  
Kleiderschotten doppelbreit Mtr. 2<sup>50</sup> 1<sup>35</sup> 98  
Kleiderstoffe Wolle und Halbwolle Mtr. 2<sup>95</sup> 2<sup>35</sup> 1<sup>50</sup>  
Reinwollene Popeline Mtr. 3<sup>25</sup>  
130 cm breite Gebardine für Kostüme reine Wolle Mtr. 6<sup>75</sup>  
145 cm breite reinwoll. Twill für Herren-Anzüge Mtr. 3<sup>30</sup>  
1 Posten geblühter Kattun für Bettbezüge Mtr. 1<sup>10</sup>  
1 Posten doppelbr. Kattun für Bettbezüge Mtr. 1<sup>85</sup>  
1 Post. ganz schw. Haustuche 140 cm f. Bettl. Mtr. 2<sup>50</sup>  
1 Post. ganz schw. Halbleinentuche 140 cm f. Bettl. Mtr. 2<sup>70</sup>  
1 Posten Percal für Blusen und Oberhemden Mtr. 1<sup>15</sup> 98  
Weiß Bett satin 140 cm Mtr. 2<sup>50</sup>

Bettfedern in verschiedenen Preisen mit 10% Rabatt.

Große Posten  
Gardinen und Vorhangstoffe  
mit 10% Rabatt

## Johannes Holst, Lübeck, Markt 6

Ha. Rasieren u. Haarschneiden bei Wilhelm Wigger, Nachb. Allee 82. (11656)

**Gimerbier.**  
Freitag von 4-6 Uhr. (11697) Brauerei Stamer

Die preussische Staatslotterie wieder an der Spitze

100000 Lose, 102000 Gew. im Betrage von 20 Millionen Rentenmark

Hauptgew. d. 1. Kl. schon 100000 Rentenmark

Ziehg. unwillk. 7. März 1/8, 1/16, 1/32 u. 1/64 M. Lose bietet an

**John**

Virtuose Leder-Einstich  
Schüsselbuden 3-5 Postfach Hamburg 15-16  
Verand nach rechts empf.

**Bejonders billiges Angebot**

Margarine 49-55  
Prima Schmalz 72  
Kaffeebohnen 2.00-3.20  
Kaffee 1.10-2.00

Diamant-Weiß in Öl zu 38 1.00  
Kaffee 45  
Eisig-Soda 15  
Kernseife D-Regl. 20

**Thoms & Sorns**

Breitenstraße 58 und Bundesstraße 38 (11713)

Britetts Str. 1.55  
Tort .. 0.80  
Brotstroh .. 2.20

empfehlen  
**Wilh. Gütke**

Schwertauer Allee 46 a.  
Telephon 8522. (11659)

**Uhrenreparaturen**  
50% Ersparnis.

Saub. Arbeit, 1 Jahr schriftliche Garantie.  
Bermann Vad. Uhrmach.  
Wakenitzmaner 3a,  
b. Burgtor. (11697)

**Wir sind billig!**

Bekannt reelles Kaufhaus für Arbeiter und jeden Beruf.

**Elegante Herrengarderoben:**  
Starke Hosen, feldgrau 7.95, Buckskin-5.90, Witors, 5.95, 6.80, Manchester- u. eleg. gestr. Hosen, Breches-Hosen 6.95, 7.90. Anzüge 32- u. besser, Paletots 33- u. besser, Winterkonfirmantenanzüge, Lodenjoppen, Anzugenanzüge, Samtmäntel, Jagd-, 23.80, Hute, Mützen, Unterzeug, warm. Stiche usw. (11716)

**Starke Schuhwaren:**  
Herrenstiefel 12.50, 17.50, 19.50. Damenstiefel 9.45 u. besser, Kinderstiefel alle Größen, Arbeitsstiefel 10.50, Schuhtüfel, Filzschuhe, Pantoffel, Holzpantoffel usw. (11716)

**Elegante Damenkonfektion:**  
Wintermäntel, Jagd 5.75, 12.50, Sommermäntel 4-6.50, Elegante Juniper 6.75, Strickjacken 15- Kleiderrocke 3.75, Blusen etc. (11716)

**Reelle Kaschmer.**

Schöne Kleiderstoffe 2.40, Schürzenstoffe 1.80, Leinen 2-3, Wiquet 1.55, Julett 2.95, Streifen 2.50, Gardinen 1.60 per Meter.

**Ehlers & Reetwisch**  
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

**Zur Mühle**  
Bedergrube 61

Ha. Weizenmehl 15 Pf.  
Feinst. Diamant 20  
5-Pf. Beutel do. 110  
Buchweizenmehl 26  
Achtweizengut 28  
Pinten 30  
Bandnudeln 30  
Maffaroni 45  
Safelkochen 18  
Weizengrieß 18 u. 25  
Grober Grieß 18  
Mittl. Pflaumen 38  
Mittl. 40  
Mittl. 55  
Allert. Weizen 28  
Gut. w. Bohnen 35  
Gr. Schmalz-Bohn. 35  
Gut. gr. Erbsen 24  
gelbe 22  
Gemahl. Zucker 42  
Kollin und Korinthen 1/4 25  
Feinste Ringäpfel 110  
Äpfelosen 110  
(11712)

**J. H. Pein**  
Lübeck  
Markt 10/12  
Breite Straße 64/68.

Das bekannteste Kaufhaus für (11715)  
Arbeiter-Garderoben,  
Reiskleidung,  
Herren-Konfektion,  
Knaben-Konfektion.  
Erstkl. Fabrikwaren.

**Freitag und Sonnabend**  
selten fettes  
**Füllfleisch**  
und Wurst  
zu billigen Preisen.

**Fr. Kollmann,**  
Reiferstr. 8.

**An unsere Anzeigenbesteller.**

Die Freitag- und die Sonnabend-Nummer dieser Woche werden früher als gewöhnlich zur Ausgabe gelangen. Für diese Nummern bestimmte Anzeigen bitten wir deshalb am Tage vorher oder spätestens bis morgens 9 Uhr des betr. Tages in unserer Geschäftsstelle aufzuliefern.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Allert. Meiereibutter ... 2.00  
Dän. Blasenschmalz ... 1 75  
Amerik. Schmalz Pure Lard ... 70  
Dän. Vollmilch ... große Dose 48  
Margarine 70 60 55 50

**W. BECKMANN**  
Beckergrube 33. 11710

Margarine 55, 70, 80  
Blasenschmalz 78  
Amerik. Schmalz 72  
Cornedbeef 60  
Dosen-Milch, „Eva“  
per Dose 50  
Dettlers Marmelade 60  
Ketter geräuch. Speck 75  
11723

Meyer, Sadowajir. 16.

**Nur 1. Wiederverkäufer!**  
**Kautabak**

ja frische Ware, Fabrikpreis, liefert (11700)  
**Wilhelm Rode,**  
Wochengeherr 181.

**Billig! Billig!**

Margarine 50, 60, 70 M. 0,80  
Bauern-Butter ... 1,90  
amerik. Schmalz ... 0,75  
Schmalzfabrikat m. Gew. 0,75  
Talg ... 0,55

prima Wurst und Käse  
frische Landeier. (11707)

**Alfred Müller.**  
Verkauf nur Holstenstr. 6 pt. hinten.

**Visitenkarten**  
werden angefertigt bei  
**Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**



Seden Freitag - ich verschling's -  
Bringt der Bote Lachen links

Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“, Johannisstraße, 46



## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 7. Februar.

### Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Der Reichsfinanzminister hat in einem Kunderlaß vom 24. Januar an die Landesfinanzämter eine Mitberung der Bestimmungen der zweiten Steuernotverordnung über den Steuerabzug vom Arbeitslohn in zwei wesentlichen Punkten zugestanden. Nach der zweiten Steuernotverordnung unterliegen dem Steuerabzug auch die Aufwandsentschädigungen, die vom Steuerpflichtigen für die Erhaltung des steuerfreien Lohnbeitrages von der Steuer freigestellt werden, und, nur wo dieser im einzelnen Falle dazu nicht ausreicht, sollte es dem Arbeitnehmer frei stehen, eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages zu beantragen. Unter Aufrechterhaltung dieser grundsätzlichen Bestimmung erklärt sich jetzt aber der Reichsfinanzminister damit einverstanden, daß bare Auslagen von vorn herein bei der Berechnung des einzubehaltenden Steuerbeitrages dann außer Ansatz bleiben, wenn sie dem Arbeitgeber im einzelnen nachgewiesen oder dem Arbeitnehmer nur in einer solchen Höhe vergütet werden, daß die Vergütung ungewissermaßen nur zur Deckungbarer Auslagen ausreicht. Dazu gehören auch die bei auswärtigen Arbeiten gewährten, in Tarifverträgen festgesetzten Auslagen.

Nach einer weiteren Bestimmung der zweiten Steuernotverordnung sind, wenn der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit bezahlet wird, vom vollen Arbeitslohn 4 v. H. als Steuer einzubehalten, wobei der steuerfreie Lohnbetrag nicht in Abzug gebracht werden darf. Diese Bestimmung, die heretisch vorher bestand, wurde jetzt abweichend von der früheren Auslegung, auch auf Akkordarbeiter angewandt. Der Finanzminister hat nunmehr bestimmt, daß diese Bestimmung nur Platz zu greifen habe in den Fällen, in denen sich der Zeitraum nicht feststellen läßt, für den der Arbeitslohn gezahlet ist, oder in denen ohne Rücksicht auf den Zeitraum eine Entlohnung nach der Leistung erfolgt. Sie gehören aber nicht hierher, wenn der Akkord- oder Heimarbeiter genau so für bestimmte Zeitschnitte entlohnt wird wie der Zeitlohnarbeiter. In diesen Fällen ist auch auf Akkord- und Heimarbeiterlohn die allgemeine Methode der Berechnung des Steuerabzugs — steuerfreier Lohnbetrag und nach Familienstand abgestufter Prozentsatz — anzuwenden.

Durch diese Regelung, die den bisher bestandenen Zustand wiederherstellt, ist den Forderungen Rechnung getragen, die von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhoben worden sind.

## Schulabbau und Schulreform.

Von Mittelschullehrer Jander.

„Man soll den Abbau vor allem bei den Schulen beginnen!“ so sprach der Abgeordnete Rothmeyer (Bayerische Volkspartei) am 19. Dezember 1923 im ständigen Ausschuss des bayerischen Landtages. Man wird sich ja nicht weiter darüber wundern, daß Bayern als politisch reaktionärster Staat Deutschlands auch an der Spitze der Schulreaktion marschiert. Erstenscherweise ist es dabei aber ziemlich allein geblieben; denn aus fast allen anderen Ländern hört man, daß sich die Organisationen der Lehrerschaft und der Elternschaft recht energisch gegen den geplanten Schulabbau wenden, soweit er vernünftige Grenzen überschreitet.

In Thüringen wird z. B. ein ziemlich heftiger Kampf gegen die Schulpolitik des Ministeriums Geil geführt. Schulpolitische Reaktion und bürgerlicher Ordnungsbloß kämpfen Seite an Seite, um das Reformwerk des Genossen Geil zu zerkümmern. Wie dieser Kampf der Geil-Geist geführt wird, zeigt treffend eine Kostprobe, die der Lübecker General-Anzeiger am 3. Februar seinen Lesern unter der Überschrift „Beamtenabbau und Hungergehalt“ aufstufte. Im Rahmen unseres Artikels sei hier nur vorläufig festzustellen, daß die Geil'sche Schulpolitik hauptsächlich zwei wichtige Erfolge zu verzeichnen hat: 1. Sie hat dem Kinde der Volksschule durch Neugestaltung der Mittelschule und Umgestaltung der höheren Schule den Weg zu höherer Bildung freigegeben, die bisher für den Volksschüler nur unsagbar schwer, ja beinahe gar nicht zu erreichen war. 2. Sie hat durch Schaffung der pädagogischen Abteilung an der Universität Jena, den Philosophen und übrigen akademisch gebildeten Lehrern Gelegenheit gegeben, ihre pädagogische Vorbildung zu vervollständigen. Die ihnen bisher nur in ungenügender Maße zuteil wurde. Andererseits wurde den Volksschullehrern die Möglichkeit gegeben, ein bestimmtes Fachgebiet ihren Anlagen und Neigungen entsprechend regelrecht studieren zu können und sich mit den wissenschaftlichen Arbeitsmethoden vertraut zu machen. Das ist der erste Schritt zur Schaffung eines Einheitslehrerstandes. Hand in Hand mit diesen Erruachenschaften geht eine (wenigstens verführte) Beseitigung der Vorherrschhaft des fremdsprachigen Unterrichts im Lehrplan der mittleren und höheren Schule. Die beste Anerkennung dieser Erfolge liegt in der Tatsache, daß die Reaktion jetzt so eifrig ins Horn stößt, um zum Abbau aufzurufen. Vollstänigkeit rüchwärts!

In unserer Nachbarstadt Bremen fanden neuerdings impetante Protestkundgebungen der bremischen Elternschaft gegen den Schulabbau statt, die sich gegen jede Einschränkung der Haushaltsmittel für Kulturzwecke aussprach.

Und wie steht es in Lübeck mit dem Schulabbau? — Still ruht der See. — Im Schoße der Oberschulbehörde erwägt man, was und wie bei der Schule abgebaut werden soll. Die Schulkammern und Lehrerorganisationen sind bisher nicht um Vorschläge gebeten worden. Wenn sie überhaupt gehört werden, so werden sie sich mit fertigen Beschlüssen zu beschäftigen, d. h. abzufinden haben. Einiges weiß man aber doch schon von den geplanten Abbaumaßnahmen, natürlich nicht amtlich! Man spricht von einem „sachlichen Abbau“, von Erhöhung der Unterrichtsstundenzahl der Lehrer um 2-4 Stunden wöchentlich, Erhöhung der Klassenfrequenzzahlen, damit zusammenhängend von Klassenzusammenlegungen, wenn nötig von Umschulungen der Kinder in andere Schulen, die noch Klassen haben, deren Schichtlehrerzahl noch nicht erreicht ist, usw. Man vergißt nicht hinzuzusetzen, daß die Oberschulbehörde gerade beim Abbau mit „Wohlmollen“ vorgehen werde.

Wie ist zufällig bekannt, daß man für Mittelschulen eine Klassenfrequenz von 50 Schülern plant. Würde dieser Teil des „sachlichen“ Abbaues rücksichtslos durchgeführt, d. h. würden alle Klassen auf 50 Schüler gebracht, so würde er zusammen mit der Vermehrung der Dienststunden der Lehrer einen Abbau von rund 40 Prozent der Lehrkräfte ausmachen, während nur ein Abbau von 25 Prozent nötig ist. Selbstverständlich wird die Oberschulbehörde keinesfalls über die unbedingt erforderlichen Abbauzahlen hinausgehen; wir Lehrer haben auch das Vertrauen zu ihr, daß sie unnötige Härten vermeiden wird. Aber solche einschneidenden Fragen können unmöglich am grünen Tische beantwortet werden, noch dazu von einer Behörde, in der die Eltern überhaupt nicht und die Lehrerschaft nur sehr mangelhaft (ohne

## Staatliche Fürsorgetätigkeit in Lübeck.

Von Paul Hoff.

Zu Beginn dieses Jahres wurde vom Wohlfahrtsamt in mehreren Artikeln über die von ihm ausgeübte Fürsorgetätigkeit berichtet, die sich auf die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, für Veteranen, für die Klein- und Sozialrentner und deren Witwen und Waisen bezog und die sich auch der Not der kinderreichen Familien annahm. Aus dieser Zusammenstellung war zu ersehen, in welcher umfangreicher Weise der Staat versucht, die Not dieser Kreise zu lindern, und welche ungeheure Mittel dafür aufgewandt werden müssen. Damit ist aber die Fürsorgetätigkeit keineswegs erschöpft, sondern wesentliche Aufgaben auf diesem Gebiete fallen noch dem Jugendamt und der Armenbehörde zu.

Wie der Name Jugendamt schon besagt, ist es Aufgabe dieses Amtes, die Fürsorge für die Jugend zu betreiben und zwar vom zartesten Säuglingsalter an bis zur Erreichung der Volljährigkeit. Ja, eigentlich beginnt die Fürsorge für das werdende Menschenkind schon vor der Geburt in den Beratungsstellen, die für die werdenden Mütter eingerichtet sind. Ihnen schließen sich dann die Säuglingsfürsorgestellen an, die über die Stadt und die Vorstädte verteilt sind. Sie stehen unter ärztlicher Leitung. Ihnen sind die Säuglingsfürsorgestellen zugeordnet. Diesen Stellen können alle in Lübeck befindlichen Säuglinge zur unentgeltlichen Beratung vorgeführt werden, vorgeführt aber müssen alle unehelichen Säuglinge werden. Die Säuglingsfürsorge bezieht sich auf Kinder bis zu einem Alter von zwei Jahren. Sie beschränkt sich aber nicht allein auf die unentgeltliche Beratung, sondern es werden auch in Bedarfsfällen Milch und Stärkungsmittel unentgeltlich verabfolgt. Die Kleinkinderfürsorge, die sich auf die Fürsorge für Kinder vom zweiten bis zum sechsten Lebensjahre bezieht, steht gleichfalls unter ärztlicher Leitung und ist den Säuglingsfürsorgestellen angegliedert. Auch hier wird unentgeltlich Rat und Hilfe gewährt.

Besucht das Kind dann die Schule, so tritt von diesem Zeitpunkt ab die schulärztliche Fürsorge ein, die bis vor etwa einem Jahre der Oberhalbbehörde angegliedert war, dann aber dem Jugendamt, weil eigentlich dahin gehörig, überwiesen worden ist. Auch hier wird das Kind während der ganzen Schulzeit ärztlich betreut und wird im Bedarfsfälle vom Jugendamt, sei es in Form von Schulspeisungen, Beschaffung von unentgeltlich gewährten Mittagstischen bei Privatpersonen oder in Speiseanstalten, tatkräftig eingegriffen. Aber auch darüber hinaus wird versucht, eine planvolle Erholungs- und Gesundheitsfürsorge für die Kinder zu betreiben und sie zu lebenskräftigen und lebensfrohen Menschen zu erziehen. Mit der Schulaufsicht des Kindes ist nun keineswegs die Aufgabe des Jugendamtes erledigt. Soweit es sich um sittlich, geistig und körperlich gesunde Jugendliche handelt, nimmt sich das Amt für Leibesübungen, das aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen paritätisch besetzt ist, der Erziehung der Jugendlichen an. Auf diesem Gebiete kann noch manches getan werden und die Wünsche dieses Amtes sind nicht gering. Aber auch hier heißt es mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen, und wenn nicht alle Wünsche mit einem Male erfüllt werden können, so wird bei einiger Ausdauer sich doch manches verwirklichen lassen. Ist es nun endlich doch gelungen, in den Räumen der alten Gewerbeschule das so lange gewünschte Jugendheim zu eröffnen, um der Schulentlassenen Jugend die Möglichkeit zu Zusammenkünften zu geben. Die Räumlichkeiten sind allerdings sehr beschränkt. Es wäre zu wünschen, daß die noch von der Gewerbeschule in Anspruch genommenen Räume baldigst freigemacht werden könnten, damit sich das Jugendheim in würklicher Weise ausbreiten kann.

Leider gibt es nun unter den Jugendlichen auch eine ganze Reihe sittlich, körperlich und geistig Gefährdeter. Diese unterliegen der Gefährdetenfürsorge des Jugendamtes. Hier ist die Arbeit eine besonders schwere und verantwortliche und muß jeder einzelne Fall für sich besonders und individuell behandelt werden. Gift es doch in erster Linie, den Jugendlichen auf der Bahn des Guten zu erhalten oder, wenn er schon gestrauchelt ist, ihn wieder zu einem nützlichen Mitgliede der Gesellschaft zu machen. Oft genügt es, ihn aus seiner bisherigen Umgebung in eine andere zu bringen, oft müssen auch die härteren Seiten der Zwangs-erziehung angewandt werden. Von Wichtigkeit für die Erfüllung dieser Aufgabe ist es, daß das Erziehungsheim „Wakenitzhof“ seit etwa 1 1/2 Jahren dem Jugendamt angegliedert ist. Das Jugendamt ist dadurch in der Lage, die Erziehungsresultate ganz anders zu würdigen, als wenn die Kinder und Schulentlassenen in auswärtigen Anstalten untergebracht werden müßten. Leider können in „Wakenitzhof“ nur Jugendliche männlichen Geschlechts aufgenommen werden. Es wäre aber zu wünschen, daß eine solche Gelegenheit auch für Mädchen geschaffen würde. Die Notwendigkeit ist von den maßgebenden Behörden ohne Einschränkung anerkannt. Hoffentlich werden die eingeleiteten Vorarbeiten baldigst von Erfolg gekrönt.

Mit den vorstehend geschilderten Aufgaben ist nun keineswegs der Aufgabekreis des Jugendamtes erschöpft, sondern es sind weitere Abteilungen, die sich mit dem Koffinderchutz, der Berufsvormundschaft, der Jugendgerichtshilfe u. a. m. befassen, vorhanden. Diese Aufgaben hier im einzelnen zu schildern, geht

über den Rahmen dieses kurzen Artikels hinaus. Die Bezeichnung der verschiedenen Abteilungen besagt schon, welche Aufgaben von ihnen im einzelnen zu erfüllen sind. Unerwähnt darf nicht bleiben, daß Lübeck wohl als erstes Land das Jugendwohlfahrtsgesetz, soweit es überhaupt möglich war, in Kraft gesetzt hat, und daß nunmehr auch die Jugendfürsorge in den ländlichen Gebieten ausgebaut werden muß.

Soweit nun die Bedürftigen nicht von der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes und des Jugendamtes erfaßt werden, ist es Aufgabe der Armenbehörde, sich der Notleidenden anzunehmen und diese Aufgaben sind gleichfalls nicht gering. In offener Fürsorge werden alle diejenigen betreut, die noch einen eigenen Haushalt haben oder in dem Haushalt eines andern untergebracht, aber auf die Hilfe aus öffentlichen Mitteln angewiesen sind. Diesen Armenparteien wird in Form von Naturalien als täglich verabfolgt einfacher oder kräftiger Mittagsspeis, von Brot, von Brennmaterial und im Bedarfsfälle auch durch Gewährung von Stärkungsmitteln und Milch Hilfe gewährt. Daneben gelangt noch allwöchentlich ein Zuschuß der Kopfzahl der zu Unterliegenden richtender Barbetrag zur Auszahlung. Auch Mitebeihilfen und Beihilfen für Verlesung können gegeben werden, jedoch die zu Verlesenden vor übermäßiger Not geschützt sind. Neben dieser offener Fürsorge läuft die Fürsorge in den geschlossenen Anstalten. In solchen sind vorhanden zunächst die beiden Altersheime in der kleinen Burgstraße und in der St. Annen-Straße. Das erstere, in der Hauptstraße für Frauen eingerichtet, gewährt etwa 130 Personen Unterkunft, das letztere in der Hauptstraße für Männer gedacht, 250 Personen Unterkunft. Allen Insassen wird völlig freier Unterhalt und freie Bekleidung und daneben ein geringes Taschengeld gewährt. Soweit diese Insassen noch in der Lage sind, sich im Betriebe der Anstalten nützlich zu machen, wird hierfür eine besondere Arbeitsbeschäftigung gewährt. Neben diesen beiden für die Armen gedachten Heimen unterstehen der Fürsorge der Armenbehörde die Kinderheime in der Schildstraße und an der Mauer. Eheres barzucht etwa 50 Kinder vom zartesten Säuglingsalter bis zum Alter von 4 Jahren unter liebevoller Leitung besonders dafür ausgebildeter Erzieherinnen, letztere ca. 100 Kinder im Alter von 4 Jahren bis zur Schulentlassung. Auch hier liegt die Leitung in den Händen bewährter Schwestern, die bemüht sind, den Kindern das fehlende Elternhaus zu ersetzen. Dem Kinderheim in der Schildstraße ist das Wächterinnenheim angegliedert. Es gewährt 10-20 unehelichen Müttern schon vor der Niederkunft und bis zu dem Zeitpunkt, zu welchem der Säugling abstillt ist, Unterkunft und hält dadurch vielleicht manches arme Mädchen von unheilvollen Taten ab. Daß alle Heime unter ständiger ärztlicher Kontrolle stehen, sei nur nebenbei bemerkt. Als eine weitere Fürsorgetätigkeit ist das Obdachloshaus, das täglich etwa 120 Personen, die keine Stelle haben, wohin sie ihr müdes Haupt legen können, eine Schlafstelle gewährt, zu betrachten. Diese Bedürftigen erhalten am Abend ein warmes Essen, am nächsten Morgen Kaffee und Brot und mittags wiederum ein warmes Essen, müssen dafür aber einen ganzen Tag nützliche Arbeit leisten. Bis zu fünfmal im Monat kann der einzelne diese Einrichtung in Anspruch nehmen.

Die wohlfeile Speiseanstalt und neuerdings auch die Volksschule wird gleichfalls von der Armenbehörde betrieben und bietet weiten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit, ein unter den Herstellungsstellen verabfolgtes Mittag- und Abendmahl einzunehmen. Damit wird einem weitgehenden Bedürfnis abgeholfen. Als weitere Einrichtung der Armenbehörde bestehen die Werkstätten für Erwerbsbeschäftigte, die den auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr konkurrenzfähigen Arbeitern Gelegenheit bieten, die noch verbliebene Arbeitsfähigkeit gegen Entgelt auszunutzen. Im Holzgerätemachungsbetriebe, in der Tischlerei, Malerei, beim Strommaschinenbau, beim Tüchtmachen, beim Holzpantoffelmachen, beim Bütchen- und Korbmachen, beim Stuhlflechten usw. werden zahlreiche Leute beschäftigt und so infand gesetzt, ohne in Anspruchnahme öffentlicher Mittel ihr Dasein zu fristen.

Alle diese vorstehend und schon früher geschilderte Fürsorgetätigkeit zu leisten, ist nur möglich, wenn neben den beamteten Kräften sich große Kreise der Bevölkerung für ehrenamtliche Tätigkeit zur Verfügung stellen. Das ist, wie mit Dank festzustellen werden soll, auch bisher geschehen. Besonders notwendig aber ist es auch, daß sich weite Kreise der Arbeiterschaft für diese nicht immer dankbare Arbeit zur Mitarbeit bereit halten. Sind es doch in der Hauptsache ihre eigenen Klassenangehörigen, die von dieser Fürsorge erfaßt werden müssen. Weiter notwendig ist es auch, daß die ganze Fürsorgetätigkeit des Staates von einer starken Fraktion der Arbeiterschaft in der Bürgerchaft getragen wird. Bei der notorischen Geldknappheit des Staates wird überall der Versuch gemacht werden, abzubauen. Liebgewordene Kulturaufgaben des Staates werden darunter zu leiden haben. Daß die Einschränkungen nicht auch auf die staatliche Fürsorgetätigkeit in unverantwortlicher Weise übergrreifen, dafür zu sorgen ist Aufgabe der Wähler.

Stimme) vertreten sind. Und doch sind es gerade Lehrer und Eltern (letzte indirekt durch ihre Kinder), die den Schaden zu tragen haben werden.

Die Ziele des Unterrichts werden bei erhöhter Klassenfrequenz stark beschnitten werden; die „Leistungen“ der Schule werden zurückgehen; die erzieherische Einwirkung des Lehrers ist fast ausgeschlossen. Verhöhung der Jugend-, Zunahme der Zahl der Verbrechen wird die Folge sein. Damit scheint man auch schon zu rechnen; denn in der preußischen Abbauperordnung werden in den Abbau nicht mit eingerechnet: die richterlichen Beamten, die Beamten der staatlichen Polizei, der kommunalen Polizei, der Landjägerei, der Strafanstaltsverwaltung. Ist aber Vorbeugen, Erziehen nicht besser als Strafen?

Und wo bleiben die Schulreformen in Lübeck? Für die meisten wird der Schulabbau das Grab schaufeln. „Fort mit der Vernichtung!“ so heißt die Parole der Reform. Nicht einen Wust von Kenntnissen vermitteln, sondern Kräfte entwickeln wollen wir im Kinde, daß es mit eigenem Denken zu eigenem Fortgehen imstande ist.

Die Arbeitsschule, die Gemeinschaftsschule, alle Träger dieses Gedankens gehen am Schulabbau elend zugrunde; denn ihre erste

Voraussetzung ist: Herabsetzung der Klassenfrequenz, nicht Herabsetzung der Klassenfrequenz. Nicht nur Reformen großen Stils, auch andere Verbesserungen im Schulwesen werden illusorisch, z. B. die Abschaffung der mittelalterlichen Prügelstrafe.

Nur eine Reform ist meines Erachtens unaufhaltsam: weitgehende Selbstverwaltung der Schulen unter verantwortlicher Mitarbeit der Eltern. Den Eltern müssen ihre Rechte werden, die alle Eltern in anderen Staaten lange, lange besitzen, und die in Lübeck künstlich norenthalten werden! Ebenso muß ihnen wie auch den Lehrern eine entsprechende Vertretung in der Oberschulbehörde (durch Sitz und Stimme) zugesichert werden.

Diese Forderungen sind schon vor fast zwei Jahren von der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion (Antrag Schürmer) erhoben bezw. inzwischen ergänzt worden. Jetzt endlich sind die Vorberatungen allen Hemmnissen zum Trotz soweit gediehen, daß das Gesetz der neuen Bürgerchaftsfraktion zugehen kann. Je stärker die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion ist, desto sicherer sind wir, daß unsere Forderungen nach Elternrechten, nach Schulausbau, Schul- und Kulturforschritt erfüllt werden. Jeder, dem das Wohl der Schule und der Jugend am Herzen liegt, sollte darum nur die Beste Gustav Ehlers wählen!





# Haus- und Grundbesitzer

(11708)

in Stadt und Land.

Morgen, Freitag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, in den Zentral-Hallen, Dannewerksgrube:

## Große öffentliche Hausbesitzer-Versammlung

### Tagesordnung: Bürgerschaftswahl.

Referent: Landtagsabgeordneter K. Ladendorf, Berlin.

Zutritt nur für Haus- und Grundbesitzer! Als Ausweis dienen die Mitgliedskarten der Hausbesitzer-Vereine und für nicht organisierte der letzte Grundsteuer-Zettel.

**Wir sind billig!**

In großer Auswahl empfehlen wir:

**Kleiderstoffe**  
einfarbig, gestreift, kariert

**Frottees**  
in hübschen Mustern

**Blusenstreifen**  
in Wolle und Baumwolle

Rebnessel . . . . . Meter	75
Hemdentuch, gute Qual.,	80
Zephyr für Kleider . . . . .	95
Blusenstoffe . . . . .	90
Untertailen m. Stich, Stück	95
Normalhemden von 2.90	4 an
Einsatzhemden . . . . .	2.95
Barchenthemden . . . . .	2.95

**Inletts**  
für Ober- und Unterbein 3<sup>50</sup>  
Meter 4.75, 4.20, 3<sup>50</sup>

**Damast und Streifsatins**  
für Beinbezüge  
Meter 3.60, 3<sup>50</sup>, 2<sup>50</sup>

Beachten Sie bitte unser Schaufenster!

**Walter Griesphan-Co.**  
Lübeck, Hüxstraße 74  
(11655)

**Reiner Kaffee**  
1/4 7 80, 3/4 11.40 Pfg.

Nannenkaffee 1 7 25.0  
Schockoldenpulver 1 7 25.0  
Cicbr. Kaffee 1 7 35.0  
Gem. Macchiato 1 7 30.0  
Berr. Kaffee 1 7 35.0  
Cicbr. Bienen 1 7 30 u. 65.0

**Delices Schmalz**  
1 7 75.0 (11709)  
Weiß 1 7 15.0, 10 7 140.0  
Rohschmalz 1 7 18.0, 10 7 170.0

Gesch. Spillkerzen 1 7 28.0  
Grüne Erbsen 1 7 24.0  
Gelbe Erbsen 1 7 24 u. 19.0  
Weiße Bohnen 1 7 25.0  
Kaffeebohnen 1 7 17.0  
Sirob 1 7 30, 40, 50.0  
Kamille-Rum-Veredel. 7 1 200.0

**Edvard Speck**  
Hüxstraße 80 84.

**6 billige Ausnahmetage!**

Schaftstiefel, Rindleder . . . 17.— Mk. an  
Arbeitsschnurstiefel, 40—47 9.50 Mk. an

Burschenstiefel, 36—39 . . . . . 8.50 Mk an  
Braune, schwarze Herren- und Damen-Stiefel in allen Größen  
Kinderstiefel von 20—35 billig.

**Spez.-Geschäft Balauerlehr 17**  
O. Schröder. (11701)

**Wohnungen.**

Zur vorberathenen Wohnungszweckfrage sind im Juli noch Wohnungen (3—4 Räume) an solche zu vergeben die mindestens 500 G.-M. Einwohnergeld geben und sich rasch entschließen. Günstigste Gelegenheit zur sicheren Erlangung einer Wohnung. Auskunft: Architekt Redelstorff, Mengstraße 10. Gewerbe- und Handelskammern.

**Gemeinnütziger Wohnungsbau, Lübeck**  
11678) a. G. m. b. H.

**Selbstbesohler!**

Herrn-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80  
Damen- . . . . . 0.60—1.00

**Garantirt rein Kern!**  
Auf Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 11686

**Füßtrausen 7.**

**Kammersänger Leonor Engelhardt**  
schreibt über:

**Steen's Glycerin-Milch**  
und  
**Steen's Glycerin-Milch Seife**

Duisburg, den 19. 1. 28.  
Infolge meines Berufes muß ich auf sorgsamste Hautpflege achten und bin ich daher immer bemüht, von den auf dem Markt vorhandenen Seifen das Beste zu ersehen. Ich habe dabei frühe Erfahrung gemacht, da gerade bei den teuersten Marken auf Verpackung und Parfümierung mehr Wert gelegt wird, als auf die wirkliche Qualität. Besonders schlecht waren meine Erfahrungen mit den vorhandenen Glycerinseifen. Ich bin daher auch an die Ausprobirung ihres Fabrikates mit dem größten Vortheil herangegangen und heute mich nun, Ihnen meine angenehme Entdeckung mittheilen zu können. Ich nehme die Auserkennung voraus und halte die einfache, nicht luxuriöse Verpackung, sowie die diskrete Parfümierung schon für einen Vortheil. Geradezu überraschend aber ist die durch Verwendung der Glycerinmilch erzielte Wirkung. Man hat beim Waschen überhaupt nicht das Gefühl, daß man Seife verwendet, sondern eine Oelmulsion. Dieses angenehme Gefühl bleibt sogar noch nach dem Abspülen zurück. Die Haut behält nach dem Trocknen eine sonst mit teuersten Cremes erzielte Weichheit, die allen Witterungsunbilden standhält. Ihre Seife stellt also eine glückliche Kombination von Toilette- und Medizinalseife dar. Ich kann daher Ihr Fabrikat nur allen Leuten, die auf sorgsamste Hautpflege achten müssen, angelegentlich empfehlen. (11671)

Zu haben: Apotheken, Drogerien u. Parfümerien  
Engros-Niederlage: Harloff Schulz, Lübeck.  
Hersteller: August Steen, Chemnitz i. S.

Margarine . . . . .	50
Schweine-Schmalz . . . . .	12
Schweine-Backen . . . . .	10
fetter Speck . . . . .	75
Honig 45 Sirup . . . . .	40
Talg, Kokos-, Speiseöl . . . . .	60

an der  
phanter Limburger 40—60  
Janssen, Beckergrube 7. (11717)

Ca. 2000 Flaschen  
**Spirituosen**  
nur beste Qualitäten z. folgenden billig. Preisen:

Doppel-Körnig ca. 35 Pfg. . . . .	Fl. 1.80
Weißbrand-Verschn. ca. 30 Pfg. . . . .	Fl. 2.25
Jamaik-Rum, Verschn. ca. 40 Pfg. . . . .	Fl. 2.50
Feiner alter Weißbrand ca. 30 Pfg. . . . .	Fl. 3.00

Preise einschließlich Glas.

**Jung & Meiners**  
Engelsgrube 58. Fernruf 8731.

**Beitragssmarcken**  
für Vereine und Gewerkschaften

fertig an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

**Südenererei Gebr. Sieber & Co**

Prima abgelagerte  
**Glückbraunkohlen**  
per Tonne 87.00 ab Lager Haltenstraße.  
1 Tonne Holz 1.60. (11629)

**Dr. Seidenberg, Galonbrille**  
zum billigen Tagespreis empfohlen  
Max Boys, Schenkenhandel, Haltenstr. 841.

**Öffentliche Wähler-Versammlungen.**

Sonabend, dem 9. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
im Gesellschaftshaus „Marli“, Marlistr.  
im „Einseger“, Einsegerstr.,  
in „Adlershorst“, Raheburger Allee.

Tages-Ordnung:  
„Vor der Entscheidung“.

Jeder politischen Partei 1/2 Stunde Redezeit!

Redner:  
A. Biedermann-Hamburg, Paul Löwig,  
A. Haul, H. John.

Wähler und Wählerinnen erscheint in Massen!  
11709) Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

**Öffentliche Wählerversammlung**

Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr  
im Lokal Lufentlust, Eschenburgstr.  
Senator Hoff u. G. Reisberger, M. d. B.  
sprechen über die  
**Bürgerschaftswahl.**

Freitag, den 8. Februar, abds. 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
**Vor der Entscheidung.**

Redner: Reichstagsabgeordneter C. Geyer  
und Senator Mehrlein.

Jeder politischen Partei 1/2 Stunde Redezeit.  
Wähler, Wählerinnen erscheint in Massen!  
Zahlreiches Erscheinen erwartet

**Der sozialdemokratische Wahlausschuß.**  
Eintritt 10 Pfg. (11642)

**Öffentliche Wählerversammlungen** (11699)

Donnerstag, den 7. Februar 1924  
abends 7 1/2 Uhr:

**Molsing**, im Kaffeehaus.  
Redner: Senator Mehrlein, Lübed.

**Schlutup**, im Gasth. zum Schwan.  
Redner: A. Biedermann, Hamburg  
und Senator Menze, Lübed.

**Travemünde**, abds. 8 Uhr  
im Gasthof zur Stadt Kiel.  
Redner: Reichstagsabgeordneter C. Geyer,  
und H. John, Lübed.

**Dänischburg**, im Lokal des  
Herrn Cordts, Seereh.  
Redner: H. Wolfradt, Lübed.

**Siems**, abends 7 Uhr, im Lokal  
des Herrn Schwarz.  
Redner: J. Maintz, Lübed.

**Luisenlust.**  
Jeden Freitag: **Dr. Tanzkränzchen.**

**Café Astoria**  
Morgen Freitag: (11677)

**3. großes Bockbierfest**  
Weinstube — Kaltes Buffet

**Achtung!**  
Vorleigendöfentliche Hausbesitzer!  
Heute  
Donnerstag abds. 7 1/2 Uhr  
Zusammentritt  
in der Aula des  
Johanneums. (11721)  
Bericht des gewählten  
Auswahles.

**Hansa-Theater.**  
Die letzten 2 Aufführungen  
Donnerstag u. Freitag,  
7 1/2 Uhr:  
Der große Lachersfolg  
222 Lachsalben  
„Muschi“  
mit Henry Vahl, Gerd  
Gnarlier, Hertha Witi u.  
Asta Hoyer  
in den Hauptrollen.  
1. Akt: Lübecker Haupt-  
bahnhof. (11690)  
3. Akt: Bar (Fledermaus).  
In Vorbereitung:  
„Dolly“.

Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Kindervorstellung  
zu ganz kleinen Preisen  
(Wk. 0.20—Wk. 1.00)

**Mag u. Moll.**

Gas bhm 21 Goldpfg., Lichtstrom khw 65, Kraft-  
strom 30, Wasser bhm 15/30, heizbare Räume mit  
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (11682)

**Trocadero.**  
Schlüsselbud: A. F. 787  
Täglich ab 5 Uhr  
nachmittags:  
**Stimmungs-  
Konzerte.**  
11693

**Stadttheater Lübeck.**  
Freitag, 7.30 Uhr:  
Pique Dame.  
Sonabend, 7.30 Uhr:  
Der Zigeunerbaron.  
Abzählungen nachm.  
von 3 bis 6 Uhr an  
der Theaterkasse.